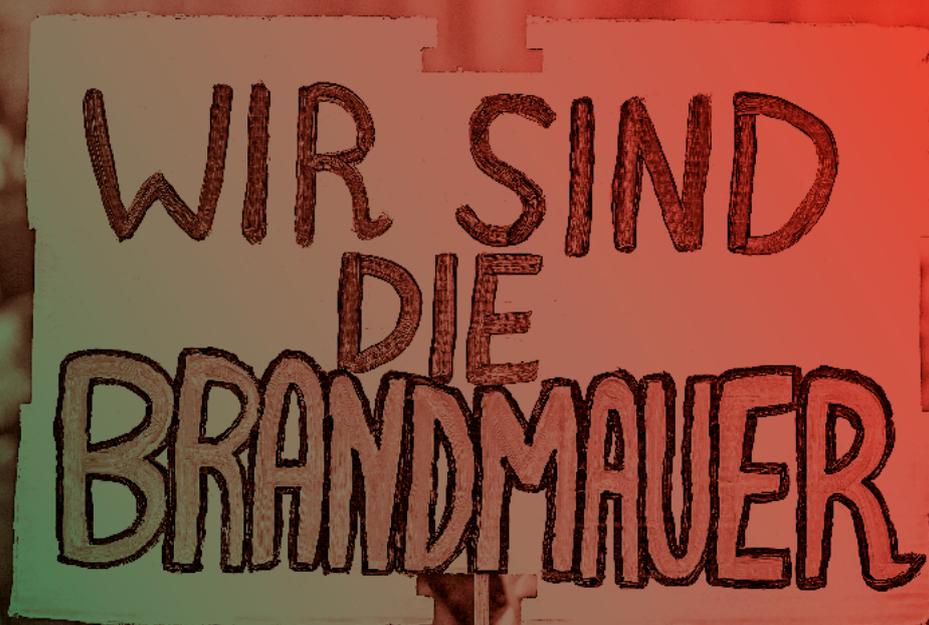


Steven Hummel und Anika Taschke

HÄLT DIE BRANDMAUER?

Studie zu Kooperationen mit der extremen
Rechten in ostdeutschen Kommunen



STEVEN HUMMEL UND ANIKA TASCHKE

HÄLT DIE BRANDMAUER?

STUDIE ZU KOOPERATIONEN MIT DER EXTREMEN
RECHTEN IN OSTDEUTSCHEN KOMMUNEN

STEVEN HUMMEL ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Bildungsreferent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und ist ehrenamtlich bei der Dokumentations- und Rechercheplattform chronik.LE aktiv. Sein Schwerpunktthema ist die extreme Rechte.

ANIKA TASCHKE ist Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referentin für Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit.

IMPRESSUM

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN Print: 978-3-948250-80-5 · ISBN Online: 978-3-948250-81-2

Redaktionsschluss: Dezember 2023

Titelbild: picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

Redaktion: Steven Hummel, Anika Taschke

Recherche: Anna Bürger, Steven Hummel, Anika Taschke

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Abstract	5
Einleitung	6
1 Forschungsstand	10
2 Daten und Kooperationen	12
2.1 Allgemein	12
2.1.1 Bundesländer	12
2.1.2 Jahre	12
2.1.3 Kooperationspartner*innen	13
2.1.4 Art der Kooperation	14
2.1.5 Themen	15
2.2 Berlin: Kopftuchverbot und Heimatschutz	16
2.3 Brandenburg: «Sichere Häfen» in Cottbus gemeinsam rückgängig gemacht	17
2.4 Mecklenburg-Vorpommern: Gendergerechte Sprache verbieten	18
2.5 Sachsen: Streit über die Besetzung des Jugendhilfeausschusses Chemnitz	19
2.6 Sachsen-Anhalt: Zahlreiche gemeinsame Abstimmungen im Stadtrat Stendal	19
2.7 Thüringen: Resolutionen im Kreistag Sonneberg	20
3 Was tun?	22
3.1 Allgemeiner Umgang	22
3.2 «Schweriner Weg»	23
3.3 Anträge und Abstimmungen	23
3.4 Personenwahlen	24
Ausblick	25
Anhang	26
Quellen und Literatur	32
Presse	34
Anträge und Drucksachen	35

ABSTRACT

In der vorliegenden Studie wird die Kooperation zwischen demokratischen Parteien/Fraktionen und extrem rechten Parteien/Fraktionen auf der kommunalen Ebene in Ostdeutschland untersucht. Die Studie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es ist vielmehr davon auszugehen, dass es zahlreiche weitere Fälle von Kooperationen gibt.

Im Rahmen dieser Studie konnten 121 konkrete Fälle solcher Kooperationen in Ostdeutschland im Zeitraum Sommer 2019 bis Ende 2023 recherchiert werden. Regional ist Sachsen mit mehr als einem Drittel der Fälle am stärksten vertreten. Bei der extremen Rechten spielt die AfD eine zentrale Rolle, dies spiegelt sowohl ihre Stellung in dieser politischen Strömung als auch ihr gesamtgesellschaftliches Gewicht wider. Laut unseren Ergebnissen kooperiert die CDU am häufigsten mit der extremen Rechten. Danach folgen mit größerem Abstand FDP, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Darüber hinaus finden sich zahlreiche Beispiele von Kooperationen mit kommunalen Wähler*innenvereinigungen.

Die häufigste Form der Kooperation ist das gemeinsame Abstimmungsverhalten. Hier konnten 93 Fälle ausgemacht werden, davon 74 Fälle auf Initiative der AfD. Die verbreitete Erzählung, dass extrem rechten Anträgen nicht zugestimmt wird, ist also empirisch nicht zutreffend. Eine Darstellung verschiedener Beispiele im Rahmen der Studie zeigt die Vielfältigkeit der Kooperationen.

Eine Kooperation mit der extremen Rechten (auf kommunaler Ebene) ist brandgefährlich. Damit wird der Normalisierung extrem rechter Parteien und ihrer Positionen Vorschub geleistet. Was es eigentlich bräuchte, ist eine Brandmauer. Dass dieses Bild einer undurchlässigen Barriere nicht der Realität in allen ostdeutschen Kommunen entspricht, wird mit Blick auf die Studie klar. Daher wollen wir demokratische Parteien mit Handlungsempfehlungen unterstützen, die kommunale Politik ohne die extreme Rechte ermöglicht.

EINLEITUNG

Im ZDF-Sommerinterview im Juli 2023 betonte Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU sowie Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag, wie wichtig eine Abgrenzung zur AfD sei, weichte diese Position allerdings im gleichen Atemzug wieder auf. Schließlich sei «Kommunalpolitik [...] etwas anderes als Landes- und Bundespolitik». ¹ Bei der klaren Abgrenzung gehe es «um gesetzgebende Körperschaften» (EU-Parlament, Bundestag, Landtage), auf kommunaler Ebene hingegen brauche es einen pragmatischeren Umgang. Merz' Äußerungen stießen auch parteiintern auf viel Kritik. So äußerten sich unter anderem Kai Wegner (seit 2023 Regierender Bürgermeister von Berlin), Markus Söder (CSU, seit 2018 Ministerpräsident von Bayern), Yvonne Magwas (MdB, Bundestagsvizepräsidentin), Tobias Hans (2018–2022 Ministerpräsident des Saarlands) und Norbert Röttgen (MdB, 2009–2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) ablehnend und bekräftigten die Notwendigkeit, sich klar von der AfD abzugrenzen. Aufgrund dieser Kritik sah sich Merz zu einer Klarstellung genötigt. So schrieb er bei X (vormals Twitter): «Um es noch einmal klarzustellen, und ich habe es nie anders gesagt: Die Beschlusslage der @CDU gilt. Es wird auch auf kommunaler Ebene keine Zusammenarbeit der #CDU mit der AfD geben. (FM)» ² Steht die Brandmauer also?

Neben Kritik gab es allerdings auch Stimmen aus den Reihen der CDU, die sich für eine Normalisierung des Verhältnisses zur AfD aussprachen. Einer der bekanntesten Vertreter dieser Position ist Michael Brychcy, seit 1989 Bürgermeister der Stadt Waltershausen (Thüringen), seit 2006 Präsident des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen sowie aktuell Mitglied des Landespräsidiums der CDU. Brychcy will 2024 für die CDU in den Thüringer Landtag einziehen. Nach einem Bericht des MDR komme Politik für Brychcy auf der Kommunal- sowie Landesebene in Ostdeutschland ohne eine Art von Kooperation mit der AfD «überhaupt nicht mehr voran». Brychcy selbst binde auf der kommunalen Ebene die AfD-Abgeordneten mit ein: «In solchen Fällen lehne ich parteipolitische Spielchen ab.» ³ Ähnlich äußerte sich Martina Schweinsburg, ebenfalls CDU, seit 1994 Landrätin in Greiz und seit 2012 Präsidentin des Thüringer Landkreistages: «Eine pragmatische Herangehensweise ohne ideologische Polemik und Schaufensterreden täte allen Parteien sicher gut. Die Lebenswirklichkeit orientiert sich nun mal nicht an Parteibeschlüssen.» ⁴

Wie ist es also um das Verhältnis zwischen CDU und AfD bzw. allgemein zwischen demokratischen Parteien/Fraktionen und extrem rechten Parteien/Fraktionen auf der kommunalen Ebene bestellt? Steht die häufig beschworene Brandmauer, hat es sie je gegeben? Dieser Fragestellung widmet sich die vorliegende Studie. Denn eine Beantwortung ist gar nicht so einfach. Bereits im Nachgang der Kommunalwah-

len von 2019⁵ beschäftigte die Zusammenarbeit mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene einige Journalist*innen, und sie förderten mehrere Beispiele für Kooperationen zutage,⁶ doch systematische Untersuchungen finden sich fast keine. Diese Lücke soll mit der vorliegenden Studie geschlossen werden.

Kommunalpolitik: unpolitische Sachpolitik?

Aber ist eine Zusammenarbeit mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene überhaupt problematisch? Ein häufig genanntes Argument ist, es gehe auf dieser Ebene ausschließlich um Sachpolitik. Da spielten Parteizugehörigkeiten keine Rolle, schließlich wollten alle nur das Beste für die Stadt, den Kreis, die Gemeinde. Eine solche Sichtweise lässt sich in zweifacher Hinsicht kritisieren.

Erstens: Folgt man diesem Verständnis einer vermeintlich neutralen Sachpolitik, wird die kommunale Ebene zum weitgehend unpolitischen Raum erklärt und die Wichtigkeit und Notwendigkeit politischer Entscheidungen auf dieser Ebene gelehnt. Aber auch auf der kommunalen Ebene geht es um normative politische Fragen. Neben Debatten und Entscheidungen über Straßensanierungen und Neubauten, Gebührenordnungen und die Ausweisung von Gewerbegebieten wird hier auch über die Finanzierung und Förderung des lokalen Jugendclubs, von Kunst und Kultur sowie die Ausgestaltung der Unterbringung von Geflüchteten entschieden. Die getroffenen Entscheidungen beeinflussen ganz direkt das Leben und Zusammenleben von Menschen vor Ort. Eine Entpolitisierung der kommunalen Ebene wäre aus diesem Grund fatal. Ein Stadt- oder Gemeinderat mag keine gesetzgeben-

¹ ZDF: Umstrittene Merz-Aussage zur AfD, online abrufbar unter: www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/merz-sommerinterview-antwort-kommunalpolitik-video-100.html, zuletzt abgerufen am 11.12.2023. ² Merz, Friedrich: Post bei X (ehemals Twitter) vom 24.7.2023, online abrufbar unter: https://twitter.com/_FriedrichMerz/status/1683372734754050048, zuletzt abgerufen am 11.12.2023. ³ MDR: CDU und AfD: Brychcy für Umdenken, Voigt lehnt Zusammenarbeit ab, online unter: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/gotha/cdu-afd-zusammenarbeit-brychcy-voigt-100.html, zuletzt abgerufen am 11.12.2023. ⁴ Schattauer, Göran: «Die Politik sollte das Volk nicht im Sinne einer Parteideologie erziehen», online abrufbar unter: www.focus.de/politik/cdu-fraupolitik-sollte-volk-nicht-im-sinne-einer-parteiideologie-erziehen_id_200091315.html, zuletzt abgerufen am 15.12.2023. ⁵ Unter Kommunalwahlen werden verschiedene Wahlvorgänge auf der kommunalen Ebene, der untersten Ebene des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland, verstanden. Je nach Kommunalverfassung des Bundeslandes – in der Regel sind dies Gemeindeordnung und Kreisordnung – variieren die Bezeichnungen, Befugnisse und Handlungsspielräume der Kommunen. Kommunalwahlen finden zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt, allerdings wurden 2019 bzw. werden 2024 in allen ostdeutschen Bundesländern (außer Berlin) Stadt- und Kreistage sowie Gemeinderäte gewählt. ⁶ Vgl. Grunert, Johannes: Thread auf X (ehemals Twitter) ab 30.8.2019, online abrufbar unter: <https://twitter.com/johannesgrunert/status/1167509257689935874>, zuletzt abgerufen am 11.12.2023; Report Mainz: Wie hält es die Lokalpolitik mit der AfD?, online abrufbar unter: www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/videosextern/wie-haelt-es-die-lokalpolitik-mit-der-afd-102.html, zuletzt abgerufen am 11.12.2023; Hagen, Kevin/Lehmann, Timo/Müller, Ann-Kathrin/Schaible, Jonas/Spallek, Sebastian: «Dann haben wir unser Programm verglichen, und dann passte das wunderbar», online abrufbar unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-wo-andere-parteien-mit-der-afd-koperieren-a-00000000-0002-0001-0000-000174316772, zuletzt abgerufen am 15.12.2023; Liebetrau, Niklas/Nejezchleba, Martin: Ein Handschlag von vielen, Zeit Online, 21.5.2021, online abrufbar unter: www.zeit.de/2021/19/zusammenarbeit-mit-afd-kooperationen-kommunalpolitik/komplettansicht, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

de Körperschaft sein, dennoch ist das kommunalpolitische Gremium ein Ort politischer Entscheidungen. Das hat David Begrich schon vor Jahren angemahnt:

«Immer wieder ist von vor Ort das Argument zu hören, in der Kommune gehe es um die Sache, nicht um die große Politik. Doch dies ist ein Irrtum. Entscheidungen über einen Kinderspielplatz, eine Baumpflanzaktion oder auch die Frage nach der Befreiung der Schüler von den Fahrkosten zum Schulstandort sind eminent politische Entscheidungen, weil sie vor Ort spürbar wirksam sind. Im Hinblick auf die kommunalpolitische Auseinandersetzung mit der AfD und anderen rechten Parteien bedeutet dies: Wenn zwei Parteien das Gleiche in einer Kommunalvertretung einbringen, ist es noch lange nicht dasselbe. Mag auch die Baumpflanzaktion oder das Kinderfest im Mittelpunkt des Antrages stehen; immer sind Anträge in einem Horizont politischer Wertorientierungen zu interpretieren. Will heißen: An wen richtet sich ein Kinderfest? Wer soll von einer Gebührensabgabe profitieren und wer vielleicht nicht? Zum Wohle welcher gesellschaftlichen Gruppe soll sich eine Maßnahme auswirken und wer soll außen vor bleiben?»⁷

Zweitens: Zwar ist die parteipolitische Färbung auf kommunaler Ebene geringer, aber Parteien und kommunale Wähler*innenvereinigungen spielen auch dort eine zentrale Rolle. Das Parteiengesetz von 1967 hat den Parteien vier zentrale Funktionen zugeschrieben: Rekrutierung von politischem Personal, Konzeptionalisierung von Politik, Meinungsbildung und Einflussnahme. All diese Funktionen finden sich auch auf der kommunalen Ebene. So werden Personen für Wahllisten nominiert, Kommunalwahlprogramme⁸ geschrieben, Diskurse durch Wahlkampfveranstaltungen und öffentliche Äußerungen von Politiker*innen beeinflusst und schließlich im kommunalen Gremium Entscheidungen herbeigeführt. Wähler*innen entscheiden sich für eine Partei, eine Wähler*innengemeinschaft oder parteilose Kandidat*innen aufgrund von politischen Präferenzen und dem Angebot, das zur Wahl steht.

Deshalb verstehen wir Kommunalpolitik nicht als vermeintlich neutrale Sachpolitik, sondern vielmehr als sehr bedeutsam und relevant für das Leben der Menschen.⁹ Entsprechend ist auch der Umgang mit der extremen Rechten auf der kommunalen Ebene eine politische Entscheidung.

Die extreme Rechte

Doch wer oder was ist eigentlich die extreme Rechte? In der sozialwissenschaftlichen Forschung, in journalistischen Beiträgen, aber auch bei Sicherheitsbehörden ist oftmals vom Rechtsextremismus die Rede, worunter ganz verschiedene, teils nicht miteinander vereinbare Konzepte verstanden werden.¹⁰ Dem Begriff Rechtsextremismus ist häufig eine Vorstellung von Extremismus inhärent, die eine Ablehnung demokratischer Werte unterstellt. Der Begriff Extremismus und die damit einhergehende Vorstellung von Gesellschaft und Politik sind bereits vielfach kritisiert worden, weil der Extremismusbegriff mit Blick auf die Einstellungsforschung «empirisch [...] nicht haltbar»¹¹ sei, er Unter-

schiede bzw. Gegensätze zwischen linkem (Gleichheit) und rechtem (Ungleichheit/Ungleichwertigkeit) Denken und ihren Politiken gezielt unsichtbar¹² mache und seine Anwendung eher einer statistisch-normativen Bestimmung von Gesellschaft denn einer wirklichen Theorie nahekomme.¹³ Vom Begriff Extremismus ausgehend, werden die Gefahr und das Gefahrenpotenzial extrem rechter Akteur*innen verharmlost. Auch in der Kommunalpolitik kommt es mit Verweis auf den sogenannten Extremismus zu Verunglimpfungen und Stigmatisierungen progressiver Politiker*innen.

Wenn wir im Folgenden von der extremen Rechten sprechen, ist ein Spektrum gemeint. Wir folgen dabei der Differenzierung von Stöss, der zwischen Einstellungen (Nationalismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus etc.) und Verhalten (Protest/Provokation, Wahlverhalten, Partizipation, Mitgliedschaft sowie Gewalt/Terror) unterscheidet.¹⁴ Unter die Sammelbegrifflichkeit extreme Rechte lassen sich unter anderem christliche Fundamentalist*innen und selbsternannte «Lebensschützer*innen», völkische Nationalist*innen, Reichsbürger*innen, Antisemit*innen und Rassist*innen, Leugner*innen des Klimawandels, Frauen- und LGBTIQ*-Feind*innen, neoliberale Wohlstandschauvinist*innen, Militarist*innen und Revisionist*innen, angebliche «Neurechte» und Burdenschaftler, Faschist*innen und Neonazis fassen.

Vor allem der 2013 gegründeten AfD kommt für die extreme Rechte eine zentrale Bedeutung zu, «denn sie bietet die Plattform, auf der sich die unterschiedlichen Fraktionen und Akteure sammeln und [...] ihre Positionen diskutieren. Die AfD ist damit sowohl Ausdruck der rechten Formierung als auch ihr Motor.»¹⁵ Die Zuordnung der AfD zur extremen Rechten erfolgt aufgrund der von ihr vertretenen Inhalte, der Entwicklung der Partei sowie des Personals. Die AfD vertritt erstens inhaltlich die Position der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit von Menschen. Mit ihrer populis-

⁷ Begrich, David: Die AfD monstert in den Kommunen, online abrufbar unter: www.nd-aktuell.de/artikel/1125767-gefahr-von-recht-die-afd-monstert-in-den-kommunen.html, zuletzt abgerufen am 15.12.2023. ⁸ Nach Gross und Jankowski lassen sich aus den Kommunalwahlprogrammen «Positionen extrahieren, welche mit dem Parteienwettbewerb auf Bundes- und Landesebene vergleichbar sind» (Gross, Martin/Jankowski, Michael: Kommunalpolitik: Komplex, polarisiert und zunehmend schwieriger?, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Bürger & Staat 4/2021, S. 217). ⁹ Auch neuere Forschungen argumentieren in diese Richtung: «Nach jahrhundertelanger Dominanz der unpolitischen Selbstverwaltungskonzeption räumt die überwiegende Mehrheit in der Rechtswissenschaft mittlerweile ein, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht unpolitisch ist.» (Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung, Bonn 2023, S. 18). ¹⁰ Vgl. Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska: Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus «Nationalsozialistischer Untergrund». Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 25–96; Grimm, Marc: Rechtsextremismus – Zur Genese und Durchsetzung eines Konzeptes, Weinheim 2018; Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Bonn 2018. ¹¹ Virchow, Fabian: Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten?, Notes du Cerfa 152, Paris 2020, S. 15. ¹² Vgl. Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Entscheidung, Berlin 1994. ¹³ Vgl. Feustel, Robert: Entropie des Politischen. Zur strategischen Funktion des Extremismusbegriffs, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden 2011, S. 117–139. ¹⁴ Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010, S. 21. ¹⁵ Friedrich, Sebastian: Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen, Berlin 2017, S. 96.

tischen Inszenierung als Vertreterin eines vermeintlichen Volkswillens agiert sie weiterhin antipluralistisch.¹⁶ Die Entwicklung der AfD kann zweitens als eine Radikalisierung beschrieben werden (erinnert sei hier an die Parteispaltungen 2015, 2017 und mit Einschränkungen 2022).¹⁷ Das völkische Lager ist mittlerweile tonangebend in der Partei,¹⁸ auch wenn sich der «Flügel» offiziell aufgelöst hat. Drittens ist das (Spitzen-)Personal der AfD der extremen Rechten zuzuordnen. Die vorgenommene Zuordnung der AfD zur extremen Rechten deckt sich mit der kritischen Rechtsextremismusforschung,¹⁹ sagt aber erst einmal nichts über deren Wähler*innen aus.

Neben der AfD gibt es weitere Parteien (z. B. Freie Sachsen, Der III. Weg, Die Heimat) sowie kommunale Wählervereinigungen (z. B. PRO CHEMNITZ) und AfD-Abspaltungen, die der extremen Rechten zuzuordnen sind. Sie sind allerdings weniger bedeutend als die AfD. In der vorliegenden Studie werden alle Akteur*innen der extremen Rechten auf kommunaler parlamentarischer Ebene berücksichtigt.

In dieser Studie sprechen wir außerdem von demokratischen Parteien/Fraktionen. Damit meinen wir alle Fraktionen und Parteien, die nicht dem extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind. Wir wissen um die Ungenauigkeit und an einigen Stellen wenig plausible Trennschärfe der Definition. Denn gerade in Zeiten, in denen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen rechte Narrative und Politiken übernehmen, etwa in Form von Asylrechtsverschärfungen, wird die Schwäche dieser Differenzierung deutlich.

Kooperationen

Extrem rechte Akteur*innen nehmen in kommunalen Gremien Einfluss, spätestens sobald sie Mandate besetzen. Bereits zu Hochzeiten der NPD (heute Die Heimat) mussten sich kommunale Vertreter*innen überlegen, wie sie mit der neonazistischen, völkischen Partei umgehen sollten. Eine Abgrenzung schien damals selbstverständlich. Die AfD ist durch den Einzug in alle Landtage,²⁰ in den Deutschen Bundestag sowie in das Europaparlament elektoral deutlich erfolgreicher als jede extrem rechte Partei vor ihr.²¹ Trotz deutlicher regionaler Unterschiede (z. B. hinsichtlich der regionalen Verankerung, der Aufstellung von Kandidat*innen und auch der Wahlergebnisse) kann die extreme Rechte bei der Beschreibung und Analyse von Kommunalpolitik nicht ignoriert werden. Die AfD ist besonders aus der Kommunalpolitik in Ostdeutschland nicht (mehr) wegzudenken.

Das macht eine Ab- und Ausgrenzung für andere Parteien und Mandatsträger*innen erst einmal schwieriger. Doch ohne diese Abgrenzung, sowohl inhaltlich als auch sprachlich, verschiebt sich der politische und gesellschaftliche Diskurs weiter nach rechts.

Die Normalisierung extrem rechter Akteur*innen ist an manchen Orten weit fortgeschritten. Während einige noch durch die Abgrenzung nach rechts, zuletzt häufig als Brandmauer bezeichnet, versuchen, die De-

mokratie zu verteidigen und ein selbstauferlegtes Kooperationsverbot zu bewerben, gibt es Kommunen, in denen die Zusammenarbeit bereits politische Praxis geworden ist oder demnächst werden wird. Entsprechende Beispiele für Kooperationen gibt es mittlerweile zahlreiche – für den Zeitraum von Mitte 2019 bis Ende 2023 haben wir 121 konkrete Fälle recherchiert.

Wenn wir im Folgenden von Kooperation sprechen, so verstehen wir darunter sowohl eine formale Zusammenarbeit (z. B. Zusammenschluss als Fraktion) als auch Absprachen und gemeinsames Abstimmungsverhalten. Insbesondere Letzteres ist jedoch schwer einzuordnen, stimmen doch auf kommunaler Ebene immer wieder extrem rechte Abgeordnete Anträgen demokratischer Parteien zu. Daher wird hier eine inhaltliche Bewertung vorgenommen: Wenn politische Gegner*innen im Parlament ausgegrenzt, eine kritische Zivilgesellschaft vor Ort eingeeengt, Pluralismus und Solidarität gemeinsam von demokratischen und extrem rechten Parteien eingeschränkt werden (sollen), dann wird dies als Kooperation aufgefasst.

Konkret finden sich folgende – teilweise auch überlappende – Formen der Kooperation:

- gemeinsame Fraktion,
- gemeinsamer Antrag,
- gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative extrem rechte Partei/Fraktion, Initiative demokratische Partei/Fraktion),
- gemeinsame Personenwahl und Zählgemeinschaften (Initiative extrem rechte Partei/Fraktion, Initiative demokratische Partei/Fraktion), zum Beispiel bei der Verteilung von Posten in Ausschüssen und Aufsichtsräten,
- Absprachen, zum Beispiel in Vorbereitung auf ein gemeinsames Abstimmungsverhalten oder eine gemeinsame Wahl,
- Sonstiges²².

¹⁶ Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard: Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024, Frankfurt am Main 2023, S. 31. ¹⁷ Vgl. chronik.LE: Die AfD: Geschichte einer Radikalisierung, in: dies. (Hrsg.): Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung, Leipzig 2020, S. 8–17. ¹⁸ Vgl. Häusler, Alexander: Entwicklung und Positionen der AfD auf dem Parteitag in Riesa 2022, online abrufbar unter: www.forena.de/wp-content/uploads/2022/07/FORENA_Diskussionspapier_4_2022.pdf, zuletzt abgerufen am 11.12.2023. ¹⁹ Vgl. Salzborn: Rechtsextremismus; Mullis, Daniel/Zschocke, Paul: Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, Frankfurt am Main 2019; Quent, Matthias: Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München 2019; Virchow: Alternative für Deutschland; Häusler: Entwicklung und Positionen. ²⁰ Stand Dezember 2023 ist die AfD im EU-Parlament, im Bundestag sowie in 14 der 16 Landtage vertreten. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2022 scheiterte die AfD mit 4,4 Prozent an der Fünfprozenthürde und zog nicht erneut in das Landesparlament ein. In Bremen durfte die AfD zur Bürgerschaftswahl 2023 nicht antreten, da sie zwei konkurrierende Listen eingereicht hatte. ²¹ Bei den Kommunalwahlen 2019 konnte die extreme Rechte insgesamt rund 6.000 Mandate erlangen; vgl. Giesbers, Tilo: Kommunalwahlen 2019: extrem rechte Antritte und Mandate, online abrufbar unter: www.apabiz.de/2019/kommunalwahlen-2019-extrem-rechte-antritte-und-mandate/, zuletzt abgerufen am 15.12.2023. ²² Hierunter fällt beispielsweise die Stadtratsitzung in Zittau im November 2020. Nachdem die Tagesordnung der Sitzung nicht geändert wurde, verließen die Fraktionen von Die Linke, FFF und AfD die Sitzung und führten damit die Beschlussfähigkeit des Stadtrates herbei. Die drei Fraktionen wollten wichtige Punkte nach hinten schieben, bis ein weiterer AfD-Stadtrat zur Sitzung erschienen wäre und sich damit die Mehrheitsverteilung geändert hätte.

Datenlage

Weil der Gremienalltag – bestehend aus Plenar- und Ausschusssitzungen, Zusammenkünften des Ältestenrates, Fraktionssitzungen, Veranstaltungen und Besuchen bei Einrichtungen und mit Trägern – eine Vielzahl von Terminen und inhaltlichen Absprachen umfasst, ist es für Außenstehende enorm schwer, sich in der Kommunalpolitik einen Überblick zu verschaffen. Informationen über Abstimmungen, Antragsdebatten oder Beschlüsse befinden sich in den jeweiligen Ratsinformationssystemen (sofern diese überhaupt existieren). Oft fehlen detaillierte Abstimmungsdokumentationen – wodurch sich eine mögliche Zusammenarbeit demokratischer Parteien/Fraktionen mit extrem rechten Parteien/Fraktionen nur mühsam rekonstruieren lässt. Und dennoch gibt es sie. In der vorliegenden Studie können wir nur auf einige Kategorien der formalen Zusammenarbeit eingehen. Was es darüber hinaus an Informellen Kooperationen, Absprachen und Austauschen gibt und in Berichten über und Interviews mit Kommunalpolitiker*innen aufscheint – etwa die gemeinsame Fahrt zur Sitzung, das Bier danach in der Kneipe, der gemeinsame Kanuausflug – muss hier unberücksichtigt bleiben.

Die Einordnung der Kooperationen ergibt sich aus den Mehrheitsverhältnissen in den jeweiligen Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen, aus Äußerungen abstimmender Abgeordneter sowie aus der (lokalen) Medienberichterstattung. Die Einordnung als Kooperation wurde so weit wie möglich plausibilisiert.

Ob alle Abgeordneten einer Fraktion im Einzelfall entsprechend abgestimmt haben, kann nicht nachvollzogen werden, da in der Regel namentliche Abstimmungsergebnisse nicht öffentlich zugänglich sind. Es gibt Hinweise auf zahlreiche weitere Fälle von Kooperationen, allerdings ist hier die Informationslage ungenügend, sodass diese in die Analyse nicht aufgenommen werden konnten.

Die vorliegende Studie deckt den Zeitraum Juni 2019 – also seit der Konstituierung der Gremien nach den Kommunalwahlen – bis Dezember 2023 ab. Räumlich fokussiert die Studie auf Ostdeutschland. Fälle von Kooperationen finden sich zwar auch in Westdeutschland,²³ doch ergibt der Fokus auf Ostdeutschland aus unserer Sicht Sinn: Hier finden 2024 in allen Bundesländern (außer Berlin) Kommunalwahlen statt bei welchen der Faschismus buchstäblich vor der Tür steht.

Auch jenseits der kommunalen Ebene finden sich Beispiele für Kooperationen zwischen demokratischen und extrem rechten Fraktionen/Parteien. Auf Landesebene stimmten beispielsweise CDU und FDP in Thüringen mehrfach gemeinsam mit der AfD.²⁴ Diese und viele weitere Fälle sind nicht Teil der vorliegenden Studie, in der wir uns auf die kommunale Ebene konzentrieren.²⁵ Wir haben diesen Fokus gewählt, weil es zum einen bislang zu wenige Daten und Forschungen über die kommunale Ebene gibt und zum anderen, weil eine Normalisierung von unten nach oben erfolgen wird.

²³ So bildeten beispielsweise ein AfD-Angeordneter und eine CDU-Abgeordnete in Neuwied (Rheinland-Pfalz) eine gemeinsame Fraktion. Kurios: Die beiden sind ein Ehepaar. Die Fraktionsbildung führte einige Wochen später zum Ausschluss der Frau aus der CDU. ²⁴ Peter Reif-Spirek analysiert mit Blick auf die langen Linien der Thüringer Geschichte: «Im alltagskulturellen Vorraum des Politischen hat es in Thüringen ohnehin nie eine «Brandmauer gegen rechts» gegeben, sondern rechte Vergemeinschaftungsräume, die CDU, FDP, AfD und auch viele freie Wähler umfassen. Auch nachdem sich ein Teil dieses Milieus radikalisiert und als AfD politisch verselbstständigt hat, blieben diese Vergemeinschaftungsräume, vom Karnevalsverein bis zum Handwerkerstammtisch, intakt. Das schafft wechselseitiges Vertrauen und lässt mediale Skandalisierungen ins Leere laufen.» (Reif-Spirek, Peter: Gefährdete Demokratie oder: Die langen Linien des Thüringer Faschismus, in: Blätter 11/2023, online abrufbar unter: www.blaetter.de/ausgabe/2023/november/gefaehrdete-demokratie-oder-die-langen-linien-des-thueringer-faschismus, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.) ²⁵ Auch in westdeutschen Bundesländern finden sich Beispiele für solche Kooperationen. Bereits im Februar 2020 dokumentierte AfD-Watch Hamburg 17 Fälle gemeinsamen Abstimmungsverhaltens der FPD mit der AfD in Hamburg; vgl. AfD-Watch Hamburg: «Gegen die Stimmen der FDP und AfD abgelehnt». Wie die FPD mit der AfD zusammenarbeitet, online abrufbar unter: <https://afd-watch-hamburg.org/gegen-die-stimmen-der-fdp-und-afd-abgelehnt/>, zuletzt abgerufen am 16.12.2023. – Jerabek und Wilsdorff recherchierten für den Bayerischen Rundfunk zahlreiche Fälle der Zusammenarbeit in Ausschüssen im Bayerischen Landtag; vgl. Jerabek, Petr/Wilsdorff, Arne: Bayerischer Landtag: Wie steht es um die Abgrenzung zur AfD?, 14.7.2023, online abrufbar unter: www.br.de/nachrichten/bayern/abgrenzung-zur-afd-wie-steht-es-um-die-brandmauer-gegen-rechts-im-bayerischen-landtag,TjaZcPX, zuletzt abgerufen am 16.12.2023.

1 FORSCHUNGSSTAND²⁶

Vor allem in der Politikwissenschaft und Soziologie existiert eine rege Forschungstätigkeit zur allgemeinen Entwicklung und zu konkreten Erscheinungsformen der extremen Rechten.²⁷ Wissenschaftliche Beiträge zur parlamentarischen Arbeit der extremen Rechten sind allerdings rar gesät und beleuchten hinsichtlich der AfD oftmals nur die allgemeine Verortung und Entwicklung der Partei²⁸ oder aber spezifische Aspekte.²⁹

Butterwegge et al., die bereits 2018 eine erste Analyse der parlamentarischen Arbeit der AfD, hauptsächlich mit Fokus auf den Bundestag, veröffentlicht haben, fassen zusammen:

«Vielerorts wirkt die Parlamentsarbeit der AfD insofern monothematisch, als sämtliche Probleme, mit denen sich die Anträge, Anfragen und Reden ihrer Abgeordneten beschäftigen, auf die Flüchtlings- bzw. Migrationsfrage zurückgeführt werden. Dagegen unterscheidet sich der Umgang mit kommunalen Belangen von Ort zu Ort, wodurch leicht der Eindruck inhaltlicher Beliebigkeit und politischer Widersprüchlichkeit entsteht. Die parlamentarische Arbeit der AfD in Berlin, den Bundesländern und den Kommunen ist weder zentral gesteuert, noch wird sie vernünftig koordiniert.»³⁰

Der AfD gehe es «letztlich um einen prinzipiellen Bruch mit zentralen Werten des Grundgesetzes».³¹ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Botsch in einer allgemeinen Betrachtung der parlamentarischen Arbeit der AfD:

«Für konstruktive parlamentarische Oppositionsarbeit ist die AfD offenkundig nicht zu haben. Sie ist im Kern eine antiparlamentarische Partei, die die Grundlagen der bundesdeutschen Demokratie zerstören will. Daher ist sie auch weder daran interessiert noch dazu geeignet, innerhalb des Rahmens des politischen Systems eine Repräsentationslücke am rechten Rand zu schließen.»³²

Ähnlich argumentieren Schroeder und Weißels: «Im parlamentarischen Auftreten zeichnet die AfD ein aggressiver und konfrontativer Stil aus [...]. Die AfD nutzt vor allem das Plenum als Bühne, während sie in Arenen des Arbeitsparlaments, mit wenigen Ausnahmen, kaum wahrnehmbar ist.»³³ An anderer Stelle schreiben sie zusammen mit Berzel: «Das Parlament ist für die AfD-Fraktionen Spielbein und Standbein, Ruhe und Bewegung, Provokation und Mitarbeit, drinnen und draußen und dadurch ein Abbild der Bipolarität zwischen «Bewegung» und Partei.»³⁴

Auf der Landesebene gibt es für einige Bundesländer Analysen zur parlamentarischen Arbeit der AfD, beispielhaft seien hier die Arbeiten von Jennerjahn (Sachsen), Schickert (Thüringen), Hafener et al. (Rheinland-Pfalz) und Hafener/Jestädt (Hessen) genannt.³⁵ Diese Untersuchungen fokussieren alle die inhaltliche Arbeit der AfD in Form von Anfragen, Anträgen und Gesetzesinitiativen. Trotz unterschiedlicher Kategorienbildung und Zuordnung³⁶ sowie Differenzen zwischen den Bundesländern und der dortigen AfD wird klar, dass das Themenfeld Flucht/Asyl/Migration von

zentraler Bedeutung für die AfD ist und von der Partei am stärksten bearbeitet wird.

In einer zehn Bundesländer vergleichenden Analyse kommen Schroeder, Weißels und Berzel mit Blick auf Gesetzesinitiativen zu dem Ergebnis, dass sich ein Drittel der Gesetzesinitiativen mit «Sicherheit und Ordnung, ein weiteres Fünftel mit Zuwanderung und Integration»³⁷ beschäftigen. Bei Kleinen Anfragen sieht es ähnlich aus:

«Die eingangs formulierte Erwartung, dass die AfD sich in den Landtagen vor allem mit den Themen Sicherheit und Ordnung sowie Integration, Migration und Asyl profilieren würde, wird von der Betrachtung im Durchschnitt aller neun untersuchten Landtage bestätigt. Rund 16 Prozent der Kleinen Anfragen der AfD haben Migration zum Gegenstand, weitere etwa zwölf Prozent Sicherheit und Ordnung. Damit richten sich fast 30 Prozent aller Kleinen Anfragen auf diese beiden inhaltlichen Felder.»³⁸

Mit der parlamentarischen Arbeit der AfD auf der kommunalen Ebene³⁹ beschäftigen sich unter anderem die Arbeiten von Gorskih et al. (Kreistag Görlitz und Kreistag Mittelsachsen, Sachsen), Hafener et al. (Hessen und Niedersachsen), Gerbsch/Bescherer (Leipzig, Sachsen) sowie Hauke⁴⁰ (Brandenburg).⁴¹ Diese unter-

²⁶ Der folgende Abschnitt ist zum großen Teil – überarbeitet und aktualisiert – übernommen aus Hummel, Steven: *Wie hältst du's mit der AfD? Kooperation mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen*, in: Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Kiess, Johannes (Hrsg.): *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022*, Leipzig 2023, S. 97–119. ²⁷ Vgl. exemplarisch Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): *Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020*, Berlin 2021. ²⁸ Vgl. Virchow: *Alternative für Deutschland; Häusler: Entwicklung und Positionen; Schroeder/Weißels: Radikalisiert und etabliert*. ²⁹ Zu Geldflüssen und Spendenaffären vgl. Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja: *Rechts unten. Die AfD: Intrigen, heimliche Herrscher und die Macht der Geldgeber*, Hamburg 2022. ³⁰ Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd: *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*, Frankfurt am Main 2018, S. 61. ³¹ Ebd., S. 213. ³² Botsch, Gideon: *AfD: Im Parlament gegen das Parlament*, in: *Blätter 4/2018*, online abrufbar unter: www.blaetter.de/ausgabe/2018/april/afd-im-parlament-gegen-das-parlament, zuletzt abgerufen am 11.12.2023. ³³ Schroeder/Weißels: *Radikalisiert und etabliert*, S. 17. ³⁴ Schroeder, Wolfgang/Weißels, Bernhard/Berzel, Alexander: *Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und «Bewegungs»-Orientierung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49, 2018, S. 102. ³⁵ Jennerjahn, Miro: *Ein Jahr AfD im Sächsischen Landtag*, Dresden 2016, online abrufbar unter: www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/jennerjahn_afd_im_landtag_0.pdf, zuletzt abgerufen am 11.12.2023; Schickert, Christine: *Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag*, Dresden 2017, online abrufbar unter: www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2017/02/christiane_schickert_afd_thueringen4.pdf, zuletzt abgerufen am 11.12.2023; Hafener, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Maria/Lewek, Philine: *AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure*, Frankfurt am Main 2018; Hafener, Benno/Jestädt, Hannah: *AfD im Hessischen Landtag. Ein neuer Politikstil und seine Auswirkungen*, Frankfurt am Main 2020. ³⁶ So ordnet Jennerjahn das Themenfeld Asyl der Innenpolitik zu, bei Schickert sind Asyl und Migration ein eigenes Themenfeld, ebenso bei Hafener et al. (Migration, Asyl, Flüchtlinge). Bei allen wird das Themenfeld als Erstes eingeführt und dessen zentrale Bedeutung herausgestellt. ³⁷ Schroeder/Weißels/Berzel: *Die AfD in den Landtagen*, S. 102. ³⁸ Ebd., S. 105. ³⁹ Allgemein spielt Kommunalpolitik in der politikwissenschaftlichen Forschung eine untergeordnete Rolle, sie wird teilweise als «Stiefkind» oder «blinder Fleck» der Politikwissenschaft bezeichnet; vgl. Gross, Martin/Jankowski, Michael: *Kommunalpolitik: Komplex, polarisiert und zunehmend schwieriger?*, in: *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* (Hrsg.): *Bürger & Staat 4/2021*, S. 215–221. ⁴⁰ Hauke fokussiert im Gegensatz zu den anderen genannten Arbeiten nicht nur auf die inhaltliche Ebene, sondern untersucht auch den Anspruch der AfD an ihre Kommunalpolitik, Austritte und Spaltungen, Auftreten der AfD in kommunalen Gremien sowie die fachliche Kompetenz und Arbeitsfähigkeit der AfD-Fraktionen; vgl. Hauke, Cash J.: *«Das Amt verschenkt»? Die Kommunalpolitik der AfD als Herausforderung für die Demokratie*, Potsdam 2023, online abrufbar unter: www.mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle/mitteilungen/das-amt-verschenkt-die-kommunalpolitik-der-afd-als-herausforde-

suchen in der Regel die Inhalte der AfD ebenfalls anhand von Anfragen und Anträgen und kommen dabei für die kommunale Ebene zu unterschiedlichen Einschätzungen: Während in den Kreistagen Görlitz und Mittelsachsen erneut das Themenfeld Flucht/Migration/Asyl⁴² von zentraler Bedeutung für die Arbeit der AfD ist, liegt der Fokus in Leipzig beispielsweise auf der Verkehrspolitik. Diese lokalen Unterschiede lassen sich einerseits auf unterschiedliche Rahmenbedingungen, andererseits auf das Personal der AfD zurückführen. Gerbsch und Bescherer fassen das kommunale Agieren der AfD in Leipzig folgendermaßen zusammen:

«Im betrachteten Zeitraum waren die AfD-Stadträt*innen in der Ratsversammlung regelmäßig aktiv und haben sich am kommunalpolitischen Betrieb beteiligt. Als gewöhnliche Oppositionspartei, zu deren Aufgaben die Kontrolle der Stadtverwaltung gehört, kann die Leipziger AfD dennoch nicht beschrieben werden. Zu klar lässt sie immer wieder ihre über die Grenzen demokratischen Streits hinausgehende Frontstellung gegen alle anderen Parteien erkennen, verwechselt Politik mit der Führung eines Wirtschaftsunternehmens und lehnt Debatten als unnützes Gerede ab. Eine klare Linie der Parteiarbeit ist zudem nicht auszumachen. Insgesamt ist jedoch eine Kluft zwischen Zurückhaltung bis Desinteresse im Plenum und Aggressivität und Polemik in sozialen Medien sowie auf der Partei-Webseite zu bemerken.»⁴³

In den meisten genannten Analysen sind Kooperationen zwischen extrem rechten und demokratischen Parteien kein Thema. Dies liegt neben den Untersuchungsebenen des föderalen Systems (hauptsächlich Beiträge zum Bundestag und zu den Landtagen) auch an der Neuheit des Forschungsgegenstands. Lediglich Hauke führt kurz zu kommunalen Kooperationen aus und nennt einige Beispiele.⁴⁴ Nach Heinze⁴⁵ ist das Verhalten demokratischer Parteien zu Parteien der extremen Rechten⁴⁶ nicht systematisch erforscht. Ihren Ausführungen nach stoßen bisherige Typologien oftmals an ihre Grenzen, da sie keine Trennung zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene zögen, verschiedene Arten von Parteien vermischt und einen unreflektierten Strategiebegriff⁴⁷ verwendeten.⁴⁸ Heinze schlägt stattdessen eine neue Typologie vor, die zwischen der formalen Ebene (strikte Ausgrenzung – vereinzelte Duldung – legislative Zusammenarbeit – Minderheitsregierung – Koalition) und der inhaltlichen Ebene (ignorieren – dämonisieren – entschärfen – debattieren – übernehmen) unterscheidet und dennoch beide Ebenen zusammendenkt.⁴⁹ Ihre Forschung fokussiert auf die Landtage mit einem Sample aus zwei ost- sowie zwei westdeutschen Bundesländern.

Höhne stellt die Frage nach der Wahrscheinlichkeit einer Parlamentskooperation zwischen CDU und AfD in Ostdeutschland. Kooperationen werde es aus seiner Sicht zuerst in den ostdeutschen Landtagen geben, «nicht zuletzt aufgrund eines Mangels an Bündnisalternativen. Kommunale Experimentierräume könnten vorgeschaltet sein.»⁵⁰ Er führt weiter aus:

«Jede Neuerung hat ihre Vorboten. Wenn es jemals zu einer Kooperation der CDU mit der AfD kommen sollte, dann fällt sie mit Sicherheit nicht vom Himmel. Vielmehr wird ihr ein Weg geebnet. Erste Schritte wurden bereits in die alternative Richtung gegangen.»⁵¹

Wurthmann untersucht mit Blick auf die (neue) Oppositionsrolle der CDU/CSU im Bundestag nach der letzten Bundestagswahl 2021 ihr Verhältnis zu den beiden ebenfalls oppositionellen Parteien Die Linke sowie AfD. Als Ergebnis einer Befragung schlussfolgert er:

«Zwar zeigen sich auch unter potenziellen Wählern der CDU/CSU durchaus gewisse Auflockerungen gegenüber der Linken, doch bleibt auch hier eine sehr klare Mehrheit der Befragten weiterhin kritisch gegenüber Annäherungen eingestellt. Das gilt noch mehr für jedwede Formen einer AfD-Kooperation.»⁵² Er fügt an: «Darüber sollte auch nicht hinwegtäuschen, dass ein kleiner Teil besonders konservativer Befragter eine Öffnung gegenüber der AfD begrüßt.»⁵³

Zur Frage der Kooperationen auf kommunaler Ebene sind journalistische Beiträge an vielen Stellen ergiebiger als wissenschaftliche Arbeiten.⁵⁴ Erstere tragen entsprechende Beispiele zusammen, ordnen diese inhaltlich ein und skandalisieren diese einer medialen Logik folgend. Der Nachteil tagesaktueller journalistischer Berichterstattung ist zumeist das Fehlen einer systematischen Analyse. Diese soll im Folgenden geleistet werden.

rung-fuer-die-demokratie, zuletzt abgerufen am 15.12.2023 **41** Gorskih, Anna/Hanneforth, Grit/Nattke, Michael: Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens, Dresden 2016, online abrufbar unter: www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/06/nattke_parlamentarische_praxis_der_afd_in_den_kommunalparlamenten_sachsens.pdf, zuletzt abgerufen am 11.12.2023; Hafenecker et al.: AfD in Parlamenten; Gerbsch, Elisa/Bescherer, Peter: Die Leipziger AfD vor und nach der Kommunalwahl 2019. Ergebnisse und Strategien, in: chronik.LE (Hrsg.): Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung, Leipzig 2020, S. 22–27. Vgl. Hauke: «Das Amt verschenkt»? **42** Bei Gorskih et al. (Die parlamentarische Praxis der AfD) als «Asyl und Zuwanderung» bezeichnet. **43** Gerbsch/Bescherer: Die Leipziger AfD, S. 25. **44** Vgl. Hauke: «Das Amt verschenkt?», S. 7f. **45** Vgl. Heinze, Anna-Sophie: Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in den Landesparlamenten, Baden-Baden 2020; Heinze, Anna-Sophie: Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, 2021, S. 133–150. **46** Heinze nutzt den unscharfen Begriff des (Rechts-)Populismus zur Einordnung der AfD. Populistische Parteien – im Gegensatz zu extremistischen – stünden der Demokratie prinzipiell nicht ablehnend gegenüber. Die AfD habe sich von einer eurokritischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt, sei aber noch nicht gänzlich im Rechts-Extremismus angekommen; vgl. Heinze: Strategien gegen Rechtspopulismus?, S. 38 und 40 ff. – Demgegenüber finden sich in der kritischen Rechtsextremismusforschung zahlreiche Arbeiten, welche eine Verortung der AfD im Rechtsextremismus plausibel machen; vgl. Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2018; Mullis/Zschocke: Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD, Frankfurt am Main: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK); Quent: Deutschland rechts außen; Virchow, Fabian: «Rechtsextremismus»: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen, in: ders./Langebach, Martin/Häusler, Alexander: Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 5–41; Häusler: Entwicklung und Positionen. **47** Heinze plädiert für den Begriff Umgang statt Strategie, da Strategie intentional sei und demzufolge unbewusstes und unbeabsichtigtes Handeln nicht gut abbilden könne; vgl. Heinze: Strategien gegen Rechtspopulismus?, S. 33. **48** Ebd., S. 25 ff. **49** Ebd., S. 43 ff. **50** Höhne, Benjamin: Grenzen des Demokratielabors. Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland?, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik (GWP) 69, 2020, S. 166. **51** Ebd., S. 159. **52** Wurthmann, L. Constantin: Kooperation oder Abgrenzung? Einstellungen zum oppositionellen Umgang der CDU/CSU mit der Linken und der AfD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 54, 2023, S. 86. **53** Ebd. **54** Beispielhaft seien hier genannt: Grunert: Thread auf X (ehemals Twitter) ab 30.8.2019; Report Mainz: Wie hält es die AfD mit der AfD?; Hagen et al.: «Dann haben wir unser Programm verglichen ...»; Lehmann, Timo: Macht ein Grüner Politik mit der AfD, in: Der Spiegel, 13.9.2019, online abrufbar unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/gohrlich-in-sachsen-wo-afd-cdu-und-gruene-eine-fraktion-bilden-a-1286648.html, zuletzt abgerufen am 13.12.2023; Liebetau/Nejzchleba: Ein Handschlag von vielen.

2 DATEN UND KOOPERATIONEN

2.1 ALLGEMEIN

Von den Kommunalwahlen 2019 bis Ende 2023 lassen sich in den ostdeutschen Bundesländern mindestens 121 konkrete Fälle von Kooperationen zwischen extrem rechten Parteien/Fraktionen und demokratischen Parteien/Fraktionen finden. Die folgende Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist davon auszugehen, dass es zahlreiche weitere Fälle gibt, die nicht durch uns erfasst wurden. Für eine weitere Forschung bräuchte es einerseits öffentlich zugängliche und detaillierte Daten aus den Gremien, beispielsweise durch die jeweiligen Ratsinformationssysteme, sowie andererseits Menschen vor Ort, die in den Gremien die Situation beobachten und darüber berichten. Die vorliegenden Daten können daher nur als Ausschnitt verstanden werden.

Bei den dokumentierten 121 Fällen ist ein breites zeitliches, räumliches und inhaltliches Spektrum der Kooperation vorzufinden, das sich nach den Kooperationspartnern und der Art der Kooperation differenzieren lässt. Tabelle 1 im Anhang gibt einen Überblick über alle recherchierten Fälle.

Um die Ergebnisse der Tabelle zugänglicher zu machen, folgen an dieser Stelle einige Einordnungen. Eine detaillierte Beschreibung ausgewählter Beispiele erfolgt danach.

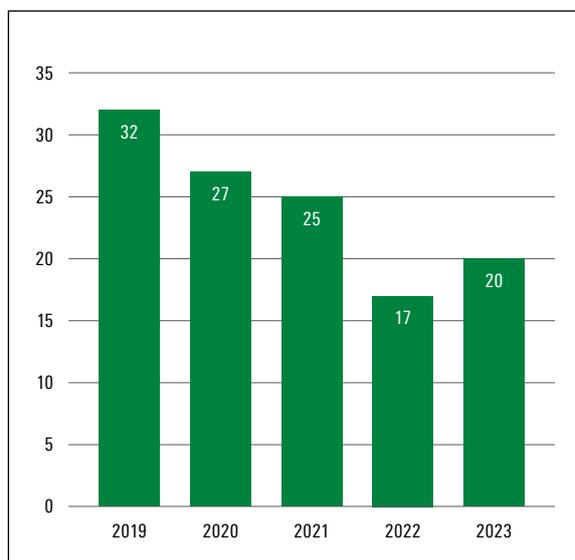
2.1.1 Bundesländer

Werden die dokumentierten Fälle nach Bundesländern geordnet, so fällt auf, dass mehr als ein Drittel aller Fälle aus Sachsen stammt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind lediglich mit einer einstelligen Zahl dokumentierter Fälle vertreten (siehe Grafik 1). Da die Studie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, kann lediglich von einer Tendenz bezüglich der Verteilung der Bundesländer gesprochen werden.

Auch innerhalb der Bundesländer gibt es deutliche Unterschiede: Tauchen einzelne Gremien und Orte lediglich einmal auf, gibt es einige Gremien und Orte, in denen es mehrfach zu Kooperationen kam. Die absolut höchsten Zahlen finden sich im Stadtrat Stendal (10, Sachsen-Anhalt) sowie dem Stadtrat Nordhausen (9) und dem Kreistag Sonneberg (7, beide Thüringen). Hier könnte mit Blick auf diese Zahlen davon gesprochen werden, dass es bereits eingetretene Pfade der Kooperation vor Ort gibt. Stendal und Sonneberg werden weiter unten als Beispiele noch ausführlicher dargestellt.

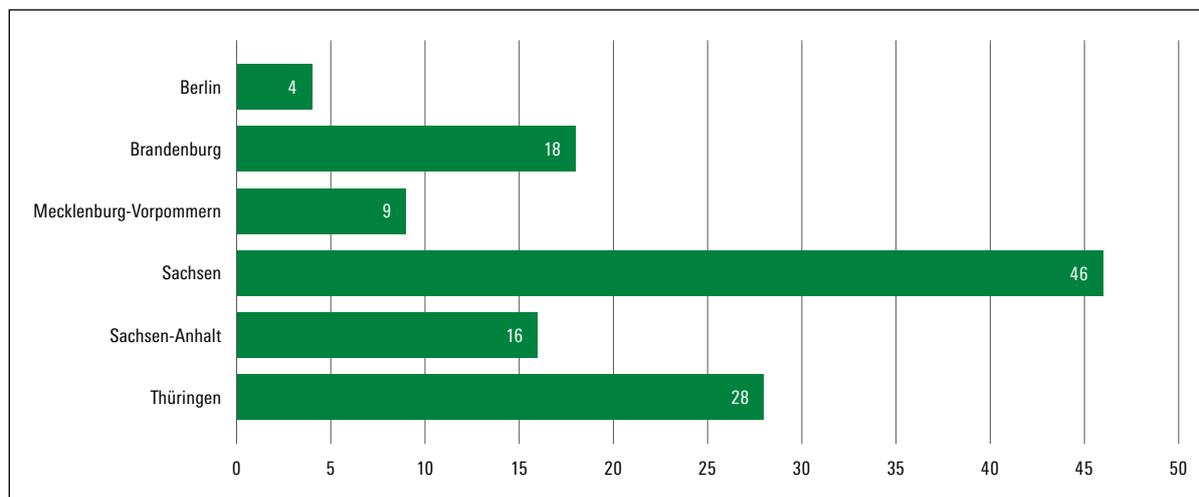
2.1.2 Jahre

Grafik 2: Kooperation nach Jahren, n = 121

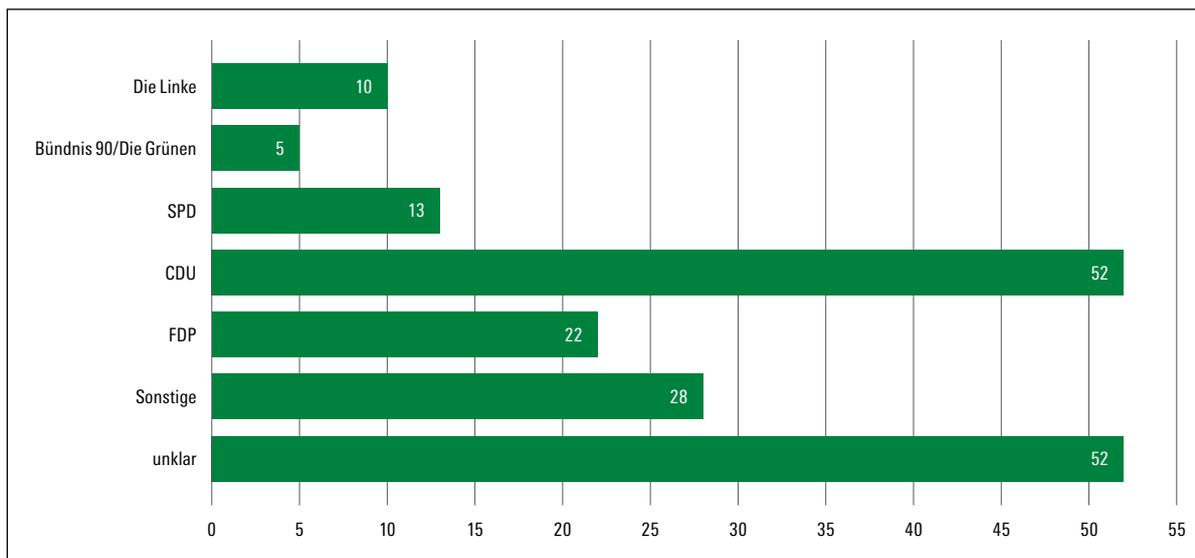


Quelle: eigene Recherchen

Grafik 1: Kooperation nach Bundesland, n = 121



Quelle: eigene Recherchen

Grafik 3: Demokratische Kooperationspartner*innen der extremen Rechten, n = 182

Quelle: eigene Recherchen

Kooperationen zwischen demokratischen Parteien/Fraktionen und extrem rechten Parteien/Fraktionen wurden im Zeitraum zwischen den Kommunalwahlen im Sommer 2019 und Ende 2023 analysiert. Obwohl für 2019 lediglich ein halbes Jahr berücksichtigt werden konnte, kam es in diesem Zeitraum zur relativ und absolut größten Häufung an Kooperationen. Dies lässt sich auf die Konstituierung von Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten im Sommer 2019 zurückführen. In diesen konstituierenden Sitzungen werden Fraktionen gebildet (z. B. Gohrisch, Sachsen) sowie Personen in verschiedene Gremien und Aufsichtsräte gewählt (z. B. Penzlin und Sassnitz, Mecklenburg-Vorpommern). Im Untersuchungszeitraum ist ein leichter Rückgang der Kooperationen auf gleichwohl hohem Niveau zu verzeichnen. Angesichts der zu erwartenden Veränderungen in den kommunalen Mehrheitsverhältnissen mit den Kommunalwahlen 2024 sowie fortgeschrittener diskursiver Verschiebungen ist zu vermuten, dass die Zahl der Kooperationen nicht abnehmen, sondern sich eher verstetigen oder zunehmen wird.

2.1.3 Kooperationspartner*innen

Bei der Betrachtung, wer mit wem kooperiert, wird schnell die zentrale Stellung der AfD innerhalb der extremen Rechten deutlich: In allen Fällen wurde mit der AfD bzw. Nachfolgeorganisationen oder Abspaltungen von ihr – z. B. Alternative für Sassnitz (Mecklenburg-Vorpommern) und Fraktion Freier Bürger (Zwickau/Sachsen) – zusammengearbeitet. Kooperationen, die ausschließlich die AfD (im herkömmlichen Sinne) betreffen, machen 105 der 121 Kooperationen und damit knapp 87 Prozent der Fälle aus. Neben der AfD spielen einige andere Parteien und kommunale Wähler*innenvereinigungen eine Rolle:

- Alternative für Sassnitz (ehemals AfD)
- Bündnis Zukunft Hildburghausen

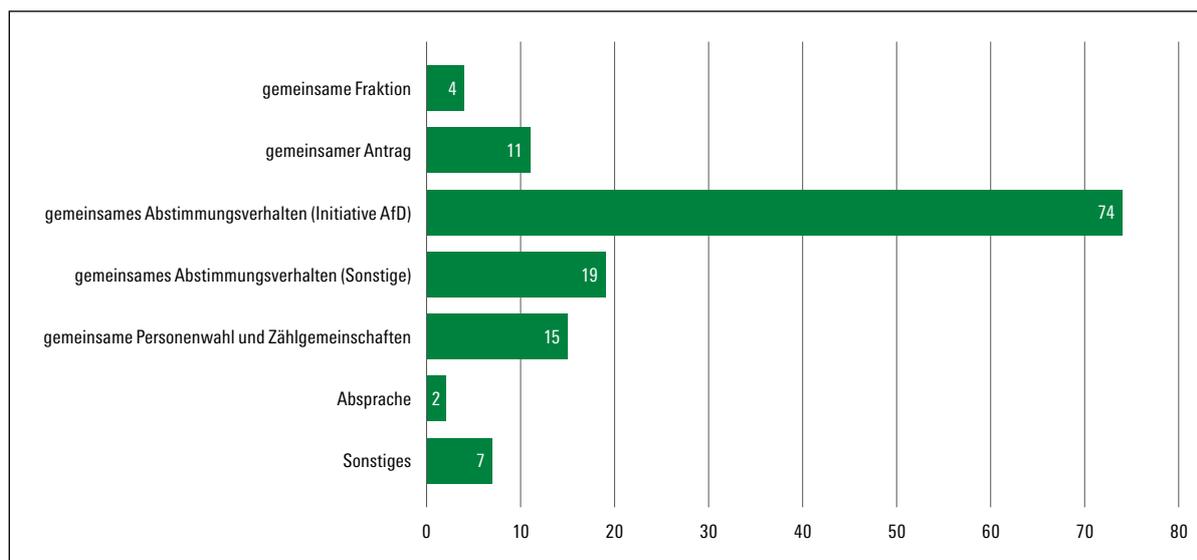
- Der III. Weg
 - Fraktion Freier Bürger (ehemals AfD, Zwickau)
 - Listenvereinigung Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler Rheinsberg (mit Beteiligung der AfD)
 - Neues Forum für Wurzen (NFW)
 - NPD (heute: Die Heimat)
 - Pirna kann mehr – Blaue Wende/Pirnaer Bürgerinitiativen
 - PRO CHEMNITZ
 - Weißenfelder für Heimat und Familie (ehemals AfD)
- Auf der Seite der demokratischen Parteien/Fraktionen zeigt sich ein differenziertes Bild. In 52 Fällen ist nicht bekannt, mit wem die extreme Rechte kooperiert hat. Dies hängt mit der fehlenden Zugänglichkeit zu kommunalen Abstimmungen, ihrer Dokumentation sowie mit der Datenqualität im Allgemeinen zusammen.⁵⁵

Da Abstimmungen oftmals mit mehr als zwei Beteiligten stattfanden, ergibt sich hier die Gesamtzahl von 182 Kooperationen – davon 130, bei denen sich plausibel konkrete Kooperationspartner*innen zuordnen lassen, und 52 mit unbekanntem Kooperationspartner*innen. Jene 130 demokratischen Kooperationspartner*innen verteilen sich auf 69 Abstimmungen, im Durchschnitt gab es also 1,9 demokratische Kooperationspartner*innen pro Abstimmung.

Als Beispiel für eine Abstimmung mit mehreren extrem rechten sowie zwei demokratischen Fraktionen kann eine Abstimmung im Juni 2023 in Zwickau dienen. Die AfD brachte dort den Antrag «Gendersprache in der Werbung des Theaters Plauen/Zwickau» ein, der vorsah, dem Theater in seiner Werbung das Gendern zu untersagen.⁵⁶ Der Antrag wurde auf Initiative von

⁵⁵ Vgl. Ausführungen zur Datenlage. ⁵⁶ Vgl. AfD-Fraktion Zwickau: Gendersprache in der Werbung des Theaters Plauen/Zwickau, Antrags-Nr. AN/029/2022, 28.11.2023.

Grafik 4: Formen der Kooperation, n = 132



Quelle: eigene Recherchen

CDU und FDP erweitert. Nun sollte nicht nur dem Theater, sondern auch der Stadtverwaltung und allen städtischen Eigenbetrieben das Gendern untersagt werden. Die *Freie Presse* berichtete von einer 34-minütigen Debatte, in der unter anderem der AfD-Stadtrat Sven Itzek einen Redner von Bündnis 90/Die Grünen mit den Worten «Das Einzige, was im Moment eine Bedrohung für unser Land darstellt, sind Sie mit Ihren Grünen!» beschimpfte.⁵⁷ Der Antrag wurde schließlich mit einer Mehrheit von AfD, Fraktion Freier Bürger, CDU, FDP sowie Bürger für Zwickau verabschiedet (zusammen 31 der 48 Sitze).

Doch zurück zur Verteilung der demokratischen Kooperationspartner*innen (siehe Grafik 3). Bei den Kooperationen mit demokratischen Parteien war die CDU mit Abstand am häufigsten vertreten (in 52 von 130 Fällen).⁵⁸ Danach folgen FDP (22), SPD (13), Die Linke (10) und Bündnis 90/Die Grünen (5). Darüber hinaus finden sich zahlreiche kommunale Wähler*innenvereinigungen (28), die mit der extremen Rechten kooperiert haben. Es geht also zumeist um die Konstellation AfD und CDU.

2.1.4 Art der Kooperation

Bei der Zusammenarbeit kann es in einzelnen Fällen zu mehreren Formen der Kooperation kommen. So gehen beispielsweise gemeinsame Anträge in der Regel mit gemeinsamem Abstimmungsverhalten einher. Die Gesamtzahl beträgt deshalb 132 (siehe Grafik 4).

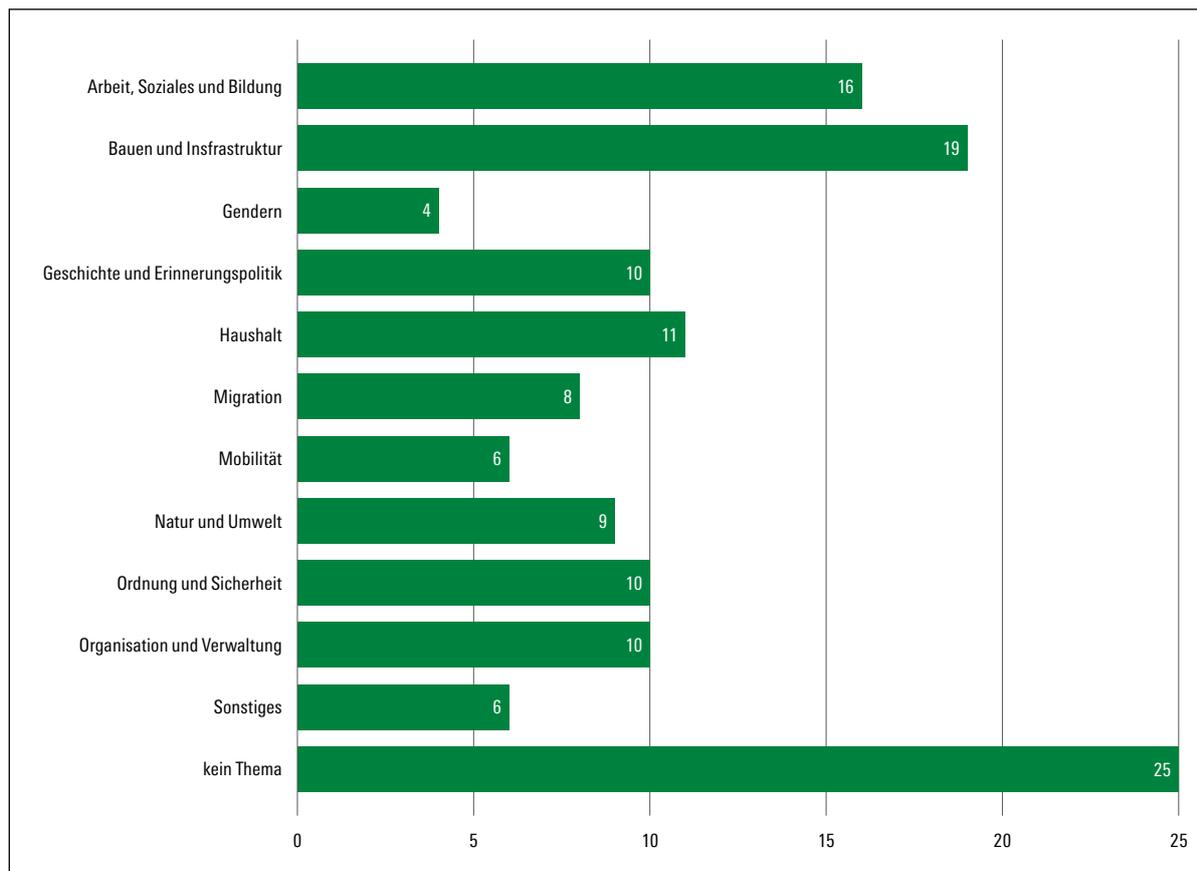
Gemeinsames Abstimmungsverhalten ist mit 93 von 132 Fällen die häufigste Form der Kooperation, davon gingen 74 auf Initiative der extremen Rechten zurück. Die verbreitete Erzählung, dass extrem rechten Anträgen nicht zugestimmt wird, ist also empirisch nicht zutreffend. Dennoch verbirgt sich hinter der absoluten Zahl von 93 ein breites Feld konkreter Fälle: So erhielten etwa AfD-Anträge teils mehr Stimmen, als die Par-

tei Sitze im entsprechenden Gremium hat; in einigen Fällen führte dies zur Annahme von AfD-Anträgen. Ein Beispiel für beide Fälle wird später noch ausführlich behandelt und betrifft den Stadtrat Stendal.

Neben dem gemeinsamen Abstimmungsverhalten gibt es weitere Formen der Kooperation: Gemeinsame Fraktionen finden sich im Kreistag Oder-Spree (Brandenburg) sowie in den Gemeinderäten Gohrisch (Sachsen), Eilsleben (Sachsen-Anhalt) sowie Langenwetzendorf (Thüringen). Diese sind entstanden durch Fraktionsneugründungen nach Kommunalwahlen (Gohrisch, Langenwetzendorf), Eingliederung in bestehende Fraktionen (Eilsleben) oder Übertritte zu bestehenden Fraktionen (Oder-Spree). Nach dem Bekanntwerden entsprechender Kooperationen wurden diese teilweise beendet, teils bestehen sie bis heute fort. In Gohrisch entstand unmittelbar nach der Kommunalwahl 2019 eine Fraktion aus vier Personen, bestehend aus einmal Bündnis 90/Die Grünen (parteilos), einmal AfD (von zwei AfD-Abgeordneten), zweimal CDU (parteilos). Der für Bündnis 90/Die Grünen in den Gemeinderat eingezogene parteilose Uwe Börner konnte die Aufregung um die Fraktionsgründung nicht verstehen, schließlich sei er mit dem AfD-Kollegen bereits gut bekannt. *Der Spiegel* berichtete: «Sein [Börners] AfD-Fraktionskollege wohnt in derselben Straße. Er glaube nicht, dass es sich um einen Rechtsradikalen handle.

⁵⁷ Pöhlndt, Johannes: AfD-Mann schreit Grünen an: Zwickauer Stadtrat verbietet dem Rathaus das Gendern, in: *Freie Presse*, 30.6.2023, online abrufbar unter: www.freiepresse.de/zwickau/zwickau/afd-mann-schreit-gruenen-an-zwickauer-stadtrat-verbietet-dem-rathaus-das-gendern-artikel12946690, zuletzt abgerufen am 13.12.2023. ⁵⁸ Hier wird die zentrale Stellung der Union für die Frage «Hält die Brandmauer?» deutlich. Biebricher schreibt dem (gemäßigten) Konservatismus allgemein eine zentrale Rolle sowohl bei der Etablierung als auch bei der Aufrechterhaltung der (liberalen) Demokratie zu; vgl. Biebricher, Thomas: *Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus*, Berlin 2023. – Dem steht in jüngster Vergangenheit immer wieder ein «radikalisiertem Konservatismus» gegenüber; vgl. Strobl, Natascha: *Radikalisiertem Konservatismus. Eine Analyse*, Berlin 2021.

Grafik 5: Themen der Kooperation, n = 134



Quelle: eigene Recherchen

Die Parteizugehörigkeit habe bei der Fraktionsbildung keine Rolle gespielt.»⁵⁹

Gemeinsame Anträge gab es in den Stadtverordnetenversammlungen von Cottbus, Jüterbog und Trebbin (alle Brandenburg), in den Stadträten in Sassnitz (Mecklenburg-Vorpommern), Freiberg und Leipzig (Sachsen), Weißenfels (Sachsen-Anhalt) und Hildburghausen (Thüringen) sowie im Kreistag Sonneberg (Thüringen). In der Regel wurde gemeinsamen Anträgen auch gemeinschaftlich zugestimmt. Ein medial viel beachtetes Beispiel ist der gemeinsame Antrag der Fraktionen AfD, Bündnis Zukunft Hildburghausen, Pro Hildburghausen, SPD und Wählergemeinschaft Feuerwehr im Stadtrat Hildburghausen. Dieser hatte zum Ziel, den Bürgermeister Tilo Kummer (Die Linke) loszuwerden. Mit einer Stadtratsentscheidung von 17:6:0 wurde der Weg für einen Bürgerentscheid zur Abwahl Kummers bereitet, der schließlich im Februar 2023 in dessen Abwahl mündete.

Gemeinsame Personenwahlen und Zählgemeinschaften gab es im Kreistag Barnim (Brandenburg), im Kreistag Mecklenburgische Seenplatte und im Stadtrat Sassnitz (beide Mecklenburg-Vorpommern), in den Stadträten von Chemnitz, Görlitz, Pirna, Radebeul und Zwickau sowie den Kreistagen Bautzen und Vogtlandkreis (alle Sachsen), im IIm-Kreis und Saale-Holzland-Kreis sowie im Stadtrat von Gera (alle Thü-

ringen). Hierbei wurden unter anderem Ausschusssitze und Aufsichtsratsposten verteilt und sachkundige Bürger*innen bestimmt. So wurde beispielsweise im August 2019 der Identitären-Kader und Waffennarr Norman Knauthe von der AfD Görlitz als sachkundiger Bürger für den Ausschuss Umwelt und Ordnung vorgeschlagen. Die AfD hat 13 Sitze im Stadtrat, ihr Vorschlag erhielt 20 Stimmen, Knauthe war damit gewählt.

2.1.5 Themen

Thematisch findet sich ein breites Feld an Kooperationen. Zur besseren Übersichtlichkeit haben wir Kategorien gebildet und die Fälle entsprechend sortiert. In einigen Fällen lässt sich kein Thema zuordnen, zum Beispiel bei Personenwahlen und Zählgemeinschaften, in anderen lassen sich mehrere Themen zuordnen, daher beträgt die Gesamtsumme hier 134.

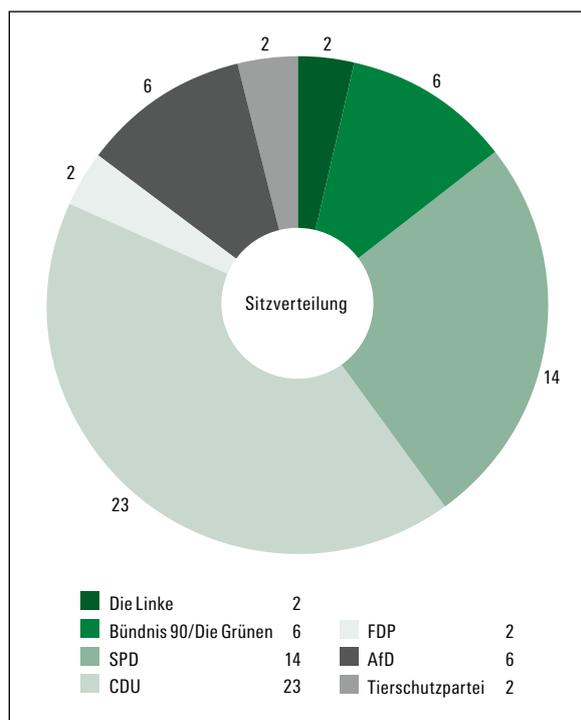
Es lassen sich zwar keine eindeutigen Schwerpunkte ausmachen, doch sind «Bauen und Infrastruktur» (19) sowie «Arbeit, Soziales und Bildung» (16) am häufigsten vertreten. Interessant ist, dass bei Kernthemen der extremen Rechten wie Migration (8) und Gendern (4) lediglich einige wenige Fälle von Kooperation zu be-

⁵⁹ Lehmann: Macht ein Grüner Politik mit der AfD.

obachten sind. Nichtsdestotrotz versucht die extreme Rechte, auch mit diesen Themen kommunalpolitisch zu punkten.

2.2 BERLIN: KOPFTUCHVERBOT UND HEIMATSCHUTZ

Grafik 6: Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Spandau



Eigene Darstellung

In Berlin-Spandau sitzen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sechs Mandatsträger*innen für die AfD, insgesamt gibt es 55 Sitze. Spannend ist hier die AfD-Personalie Andreas Otti, langjähriger Berufsoffizier bei der Luftwaffe und ehemaliges CSU-Mitglied. Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion in der BVV Berlin-Spandau wird seit über einem Jahr nicht auf den vakanten Posten des Stadtrats⁶⁰ für Ordnungsangelegenheiten gewählt.⁶¹ Jenseits der AfD sei man sich einig, den Posten nicht an Otti zu vergeben und ihn nicht zu wählen. Man sei unzufrieden mit der Ausführung seines vorherigen Amtes als Stadtrat für Facility-Management und Umwelt- und Naturschutz gewesen.⁶² Gleichwohl betonte Otti in seiner Rede zur Kandidatur für den Listenplatz 1 zur Europawahl⁶³ im Juni 2023: «Fünf Jahre Wahlbeamter in der Exekutive für die AfD als Bezirksstadtrat und Abteilungsleiter für das staatliche Hochbauamt und für das Umwelt- und Naturschutzamt – übrigens ohne Abwahantrag und Missbilligungsnote der Blockparteien.»⁶⁴

In der BVV Spandau gibt es die Absprache, dass sogenannte Berichtsantträge, also nichtbindende Berichtsfragen an das Bezirksamt oder durch das Bezirksamt an andere Institutionen und Körperschaften,

von allen Fraktion «gebilligt» und damit durchgewunken werden. Dies geschieht in der Regel partei- und fraktionsübergreifend, was aus unserer Sicht eine Entpolitisierung kommunaler Aushandlungen darstellt. Dieses Argument haben wir bereits in der Einleitung ausgeführt.

Beispielhaft für die Zustimmung demokratischer Parteien/Fraktionen zu einem AfD-Antrag ist der Antrag mit dem Titel «Naturschutz ist Heimatschutz – Essbarer Wildpflanzenpark auch in Spandau».⁶⁵ Nachdem die AfD diesen Antrag im Dezember 2020 in die BVV eingebracht hatte, wurde er erst in den Ausschuss verwiesen, dort im März 2021 ohne Änderungen beschlossen, wenig später dann auch in der BVV. Den Antrag gestellt hatte der AfD-Fraktionsvorsitzende Werner, unterzeichnet ist der Bericht vom Bezirksstadtrat Otti. Hier haben sich also die Fraktion und der Stadtrat die Bälle zugespielt, ohne dass es in der BVV Widerstand gegeben hätte.⁶⁶

Auch inhaltlich lohnt ein Blick in den Antrag. Die Bitte nach Überprüfung der Einrichtung eines essbaren Wildpflanzenparks erscheint auf den ersten Blick als eine problemlose Angelegenheit. Doch schon in der Überschrift steckt der Slogan der extremen und völkischen Rechten. Zum Titel «Naturschutz ist Heimatschutz» schreibt die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN):

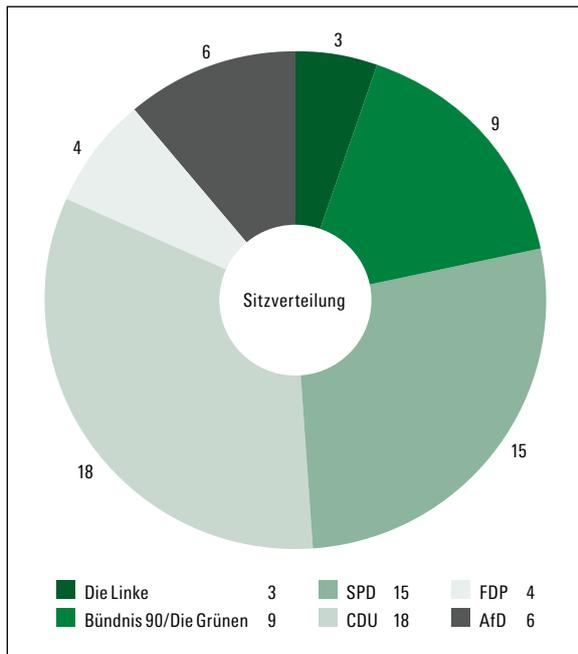
«Umweltpolitik und ökologisches Denken werden in Deutschland oft mit einem emanzipatorischen politischen Weltbild verbunden. Doch so einfach ist es nicht. Tatsächlich hat die Verbindung von ökologischen Themen mit einem rechtsextremen Weltbild in Deutschland eine lange Tradition, die vor allem im völkischen Teil des rechten Spektrums zu verorten ist. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die Wahrnehmung der Natur von einem romantisierenden, anti-modernen und anti-aufklärerischen Blick geprägt. Naturwissenschaftliche Annahmen wie die Darwinsche Evolutionstheorie wurden auf soziale und bevölkerungspolitische Phänomene übertragen: Um das Bestehen des Ganzen zu sichern, müssten schwache, von der vermeintlichen Norm abweichende Elemente beseitigt werden. Diese Gedanken passten in das politische Klima der Zeit und ließen sich leicht mit der Vorstellung der Ungleichwertigkeit von «Menschenrassen» und der «Blut und Boden»-Ideologie des Nationalsozialismus vereinen. Im Slogan «Naturschutz

⁶⁰ Stadträte in Berlin sind sogenannte Wahlbeamte, die für Ressorts im Rathaus des jeweiligen Bezirkes zuständig sind. Stadtratsposten werden eigentlich nach Proporz vergeben. Die Kandidat*innen für diese Posten müssen aber per Mehrheitsentscheid gewählt werden, wodurch derzeit mehrere der AfD zustehende Stadtratsposten in Berlin nicht besetzt sind, weil sich für sie keine Mehrheit findet. ⁶¹ Vgl. Meischen, Dennis: AfD-Politiker Andreas Otti zum 13. Mal nicht gewählt, in: Morgenpost, 25.1.2023, online abrufbar unter: www.morgenpost.de/bezirke/spandau/article237465049/AfD-Politiker-Andreas-Otti-zum-13-Mal-nicht-gewählt.html, zuletzt abgerufen am 14.12.2023. ⁶² Vgl. ebd. ⁶³ Gegen den extrem rechten Kandidaten Maximilian Krahl (MdEP), der sich schließlich durchsetzte. ⁶⁴ Otti, Andreas: Rede Listenplatz 1 für die Liste zur Wahl zum Europäischen Parlament, 2023, online abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=g8uQIT678cw, 02:55:21-02:55:43, zuletzt abgerufen am 14.12.2023. ⁶⁵ AfD-Fraktion Berlin-Spandau: Drucksache-Nr. 2051/XX, Naturschutz ist Heimatschutz – Essbarer Wildpflanzenpark auch in Spandau, 19.11.2020. ⁶⁶ AfD-Fraktion Berlin-Spandau: Drucksache-Nr. 2051/XX, Schlussbericht, 2020.

ist Heimatschutz» der völkischen Bewegung findet diese Verbindung ihren politischen Ausdruck.»⁶⁷

Auch wenn es die gängige Praxis in der BVV ist, allen Berichtsanträgen gegenseitig zuzustimmen, sollten Titel und Antragstext gründlich gelesen und auf extreme, in diesem Fall völkische und rassistische Ideologie geprüft und abgelehnt werden.

Grafik 7: Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Reinickendorf



Eigene Darstellung

In Berlin-Reinickendorf sitzen derzeit sechs Abgeordnete der AfD in der Bezirksverordnetenversammlung. Die Fraktion brachte 2018 den Antrag «Kopftuchverbot für Berliner Schülerinnen»⁶⁸ ein. Im Beschlusstext zum Antrag hieß es: «Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen: Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass in Berlin ein Kopftuch-Verbot für unter 14-jährige Schülerinnen beschlossen wird.»⁶⁹ Dieser Antrag wurde in verschiedene Ausschüsse überwiesen, dort gab es unterschiedliche Abstimmungsergebnisse; danach kam der Antrag in die BVV zurück, wurde vertagt, nochmals überwiesen und schließlich im Dezember 2019 abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte mit allen Stimmen der demokratischen Fraktionen. Lediglich die AfD stimmte für ihren eigenen Antrag.

Im Oktober 2019 brachte dann die CDU den Antrag «Kopftuchverbot für Schülerinnen bis einschließlich 6. Klasse»⁷⁰ ein. Der Beschlusstext hier lautete:

«Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass dieser zur Sicherstellung einer bestmöglichen Entwicklung und Entfaltung aller Schülerinnen und Schüler das Tragen von weltanschaulich oder religiös geprägter Bekleidung, mit der eine Verhüllung des Hauptes verbunden ist, für vorpubertäre Kinder

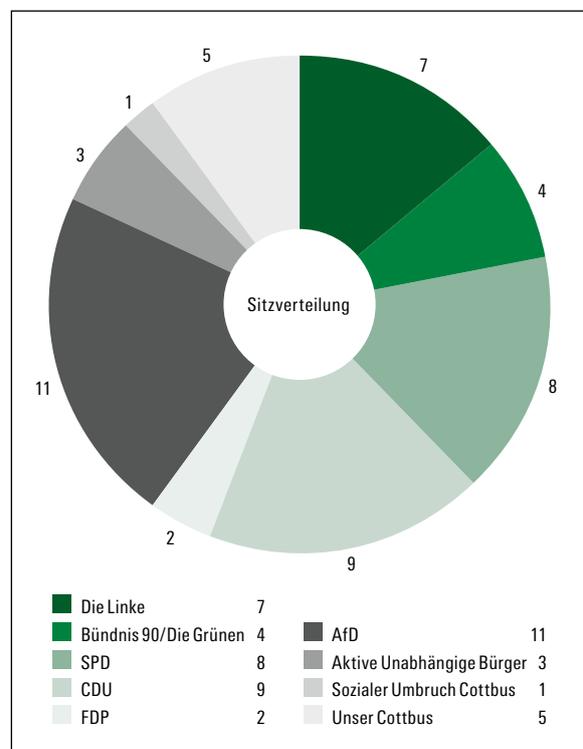
bis einschließlich Klasse 6 in öffentlichen Berliner Schulen untersagt.»⁷¹

Dieser Antrag wurde im Schulausschuss mit den Stimmen von CDU und AfD beschlossen, dann in der BVV dreimal vertagt und schließlich im August 2020 beschlossen – mit den Stimmen von CDU und AfD.

Im Sinne unserer Kategorisierung ist dieser Fall als gemeinsames Abstimmungsverhalten zu werten. Direkte Absprachen und Verabredungen können allerdings nicht nachgewiesen werden. Möglicherweise haben die aber bei der inhaltlichen Übernahme des AfD-Antrags durch die CDU eine Rolle gespielt.

2.3 BRANDENBURG: «SICHERE HÄFEN» IN COTTBUS GEMEINSAM RÜCKGÄNGIG GEMACHT

Grafik 8: Stadtverordnetenversammlung Cottbus



Eigene Darstellung

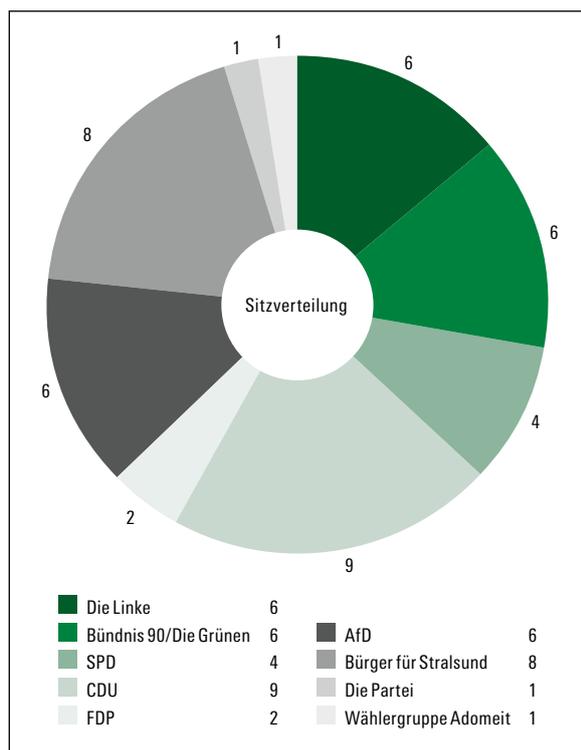
Am 9. Oktober 2023 brachte die AfD-Fraktion Cottbus den Antrag «Aufhebung des Beschlusses A-06-18/21»⁷² ein. Am 25. Oktober 2023 lag ein neuer Antrag vor, diesmal von AfD und CDU zusammen. Der leicht abgeänderte Titel lautete nun «Antrag zum Be-

⁶⁷ Hellwig, Marius: «Naturschutz ist Heimatschutz» – völkischer Rechtsextremismus im Naturschutz, in: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung, 2018, S. 6. ⁶⁸ AfD-Fraktion Berlin-Spandau: Drucksache-Nr. 1031/XX, Kopftuchverbot für Berliner Schülerinnen, 24.4.2018. ⁶⁹ Ebd. ⁷⁰ CDU-Fraktion Berlin-Spandau: Drucksache-Nr. 2228/XX, Kopftuchverbot für Schülerinnen bis einschließlich Klasse 6, 26.11.2019. ⁷¹ Ebd. ⁷² AfD-Fraktion Cottbus: Aufhebung des Beschlusses A-06-18/21, Antrags-Nr. AT-038/23, 9.10.2023.

schluss vom 28.04.2021 (A-06-18/21)». ⁷³ Es handelte sich hier also um einen gemeinsamen Antrag von AfD und CDU – auf Initiative der AfD. Worum ging es? Geändert bzw. aufgehoben werden sollte ein auf Antrag von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ergangener Beschluss vom April 2021. Damals hatte sich Cottbus zum «Sicheren Hafen» erklärt, das heißt sich bereit erklärt, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. ⁷⁴ In der Begründung von AfD und CDU, die im Vergleich zum alleinigen AfD-Antrag textlich nur minimal abwich, hieß es: «Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Cottbus ist gefährdet, es muss deshalb eine Begrenzung der Zuwanderung geben.» ⁷⁵ Mit 19:6:12 Stimmen wurde der Antrag von AfD und CDU angenommen und der Beschluss von 2021 außer Kraft gesetzt. Auch der Vorsitzende der Stadtversammlung, SPD-Mitglied Reinhard Drogl, stimmt dem Antrag zu, wie im Mitschnitt zu erkennen ist. ⁷⁶

2.4 MECKLENBURG-VORPOMMERN: GENDERGERECHTE SPRACHE VERBIETEN

Grafik 9: Bürgerschaft Stralsund



Eigene Darstellung

Aus der Hansestadt Stralsund sind vier AfD-Anträge dokumentiert, in denen erkennbar ist, dass die AfD mehr Stimmen erhielt, als sie Sitze in der Bürgerschaft (6) hat. Es ist nicht bekannt, wer den entsprechenden Anträgen zugestimmt hat.

Einer der Anträge trug den Titel: «Gendern konsequent unterbinden – Kommunikation in regelkonformer Sprache». ⁷⁷ Inhaltlich ging es um das Verbot gendergerechter Sprache in der Verwaltung sowie den

städtischen Einrichtungen und Betrieben der Stadt Stralsund. Im Antragstext hieß es:

«Die Verwaltung der Hansestadt Stralsund hat auf dem Anweisungswege zu gewährleisten, dass sich städtische Einrichtungen und Betriebe im Schriftlichen wie Mündlichen konsequent an die Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung halten, der Verfremdung der deutschen Sprache als Bestandteil der kulturellen Identität entgegenwirken und das Improvisieren mit sogenannter Gendersprache zu vermeiden haben.» ⁷⁸

Auch in der schriftlich vorliegenden Begründung ging die AfD auf das Thema gendergerechte Sprache ein:

«Die Einhaltung einer verpflichtenden Normsprache ist mit Blick auf Gerechtigkeit – Geschlechtergerechtigkeit prioritär eingeschlossen – von besonderer Bedeutung. Einer ideologisch motivierten Forcierung des Gebrauchs vermeintlich geschlechtergerechter Morphologie in der Wortbildung ist jedoch entgegenzuwirken.» ⁷⁹

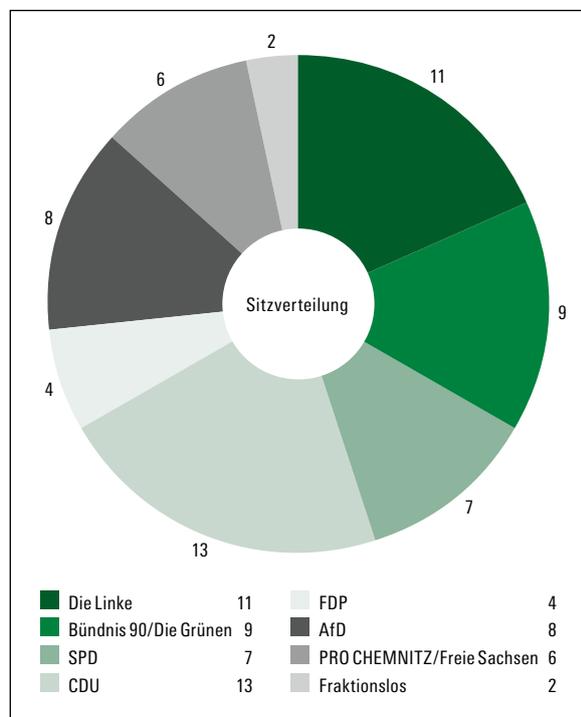
Im Antrag kommt die antifeministische sowie queerfeindliche Ideologie der AfD zum Ausdruck. Entsprechende Anträge hat die AfD in zahlreichen Kommunen (Kreistag Sonneberg, Thüringen; Stadtrat Stendal, Sachsen-Anhalt; Bürgerschaft Stralsund, Mecklenburg-Vorpommern; Stadtrat Zwickau, Sachsen) und in zahlreichen weiteren kommunalen Gremien sowie auf Landesebene (Thüringen⁸⁰) – teilweise erfolgreich – eingebracht. Hier öffnet sich, im Feld des sogenannten Kulturkampfes und auf der Grundlage rechts-konservativer bis extrem rechter Einstellungen, eine Tür in der Brandmauer. Offensichtlich ist es bei Fragen des Genders ein Leichtes, sich über eigene Parteibeschlüsse hinwegzusetzen und mit der AfD gemeinsame Sache zu machen.

Die weiteren Anträge der AfD-Fraktion behandelten unterschiedliche Themen. Im Antrag AN 0012/2021 ging es um die Einrichtung des Präsenzunterrichtes während der Covid-19-Pandemie. ⁸¹ Ein weiterer war ein Prüfauftrag an den Oberbürgermeister zu einem ehemaligen Schulgebäude, das nun als Zwischennutzung für den pandemiegerechten, mit Abstand möglichen Schulunterricht eingesetzt werden sollte. ⁸² Mit dem vierten Antrag sollte ein kulturhistorisches Gebäude der Stadt Stralsund wiederhergestellt und begehbar gemacht werden. ⁸³

⁷³ AfD-Fraktion/CDU-Fraktion Cottbus: Antrag zum Beschluss vom 28.4.2021 (A-06-18/21), Antrags-Nr. AT-038/23, 25.10.2023. ⁷⁴ Vgl. Fraktionen Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen Cottbus: Antrags-Nr. 06/21, Cottbus/Chósebusz – Sicherer Hafen, 12.1.2021. ⁷⁵ AfD-Fraktion/CDU-Fraktion Cottbus: Antrag zum Beschluss vom 28.4.2021 (A-06-18/21), Antrags-Nr. AT-038/23, 25.10.2023. ⁷⁶ Vgl. Menzel, Bettina: CDU und AfD stellen gemeinsamen Antrag in Cottbus – Grüne mit harscher Kritik, in: Frankfurter Rundschau, 31.10.2023, online abrufbar unter: www.fr.de/politik/brandmauer-rechtsextremismus-cdu-afd-antrag-cottbus-gruene-kritik-fluechtlinge-spd-zr-92644308.html, zuletzt abgerufen am 13.12.2023. ⁷⁷ AfD-Fraktion Stralsund: Gendern konsequent unterbinden – Kommunikation in regelkonformer Sprache, Antrags-Nr. AN 0016/2023, 21.2.2023. ⁷⁸ Ebd. ⁷⁹ Ebd. ⁸⁰ Vgl. Deutschlandfunk: Verbot von Genderschreibweisen. CDU Thüringen stellt erneut Antrag, der auf Zustimmung der AfD stoßen dürfte, 27.9.2023, online abrufbar unter: www.deutschlandfunk.de/cdu-thueringen-stellt-erneut-antrag-auf-zustimmung-der-afd-stossen-duerfte-100.html, zuletzt abgerufen am 14.12.2023. ⁸¹ Vgl. AfD-Fraktion Stralsund: Antrags-Nr. AN 0012/2021, Präsenzunterricht statt Distanzunterricht, 11.1.2021. ⁸² Vgl. AfD-Fraktion Stralsund: Antrags-Nr. AN 0205/2020, Schulgebäude des Berufsförderungswerks Große Parower Straße, 20.11.2020. ⁸³ Vgl. AfD-Fraktion Stralsund: Alte Schwedenschanze wiederherstellen, Antrags-Nr. AN 0183/2020, 27.10.2020.

2.5 SACHSEN: STREIT ÜBER DIE BESETZUNG DES JUGENDHILFE-AUSSCHUSSES CHEMNITZ

Grafik 10: Stadtrat Chemnitz



Eigene Darstellung

Bei der Neukonstituierung des Chemnitzer Stadtrats im August 2019 wurden wie üblich Aufsichtsratsposten verteilt und Ausschüsse besetzt.⁸⁴ Besonders der Jugendhilfeausschuss wurde dabei einer großen Veränderung unterzogen. Neben acht Stadträt*innen und elf beratenden Mitgliedern wurden sechs stimmberechtigte Mitglieder der freien Träger der Jugendhilfe gewählt. Durch Letztere können die Träger im Ausschuss ihre Interessen selbst vertreten und sich für ihre Klient*innen einsetzen.

Die beiden zentralen Dachverbände «Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit» sowie «Liga der Wohlfahrtsverbände» hatten im Vorfeld einen Vorschlag zur Besetzung der Plätze der freien Träger erarbeitet. Drei Monate nach der Bewerbungsfrist gingen weitere Bewerbungen für die Sitze ein, wobei ebendiese Personen durch die Abgeordneten von CDU, FDP, AfD und PRO CHEMNITZ⁸⁵ gewählt wurden.⁸⁶ Gemeinsam haben die vier Fraktionen eine Stadtratsmehrheit von 31 der 60 Sitze.

Im Bereich der freien Träger wurde damit eine völlige Umstrukturierung vorgenommen: Repräsentierte die vorherige Besetzung des Ausschusses «zumindest noch 51 % der Träger und 67 % der Jugendhilfeprojekte in der Stadt, sinken diese Quoten auf 7 % der Träger und 13 % der Projekte für das neue Gremium».⁸⁷ Unter anderem verlor der Dachverband «Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit», der 60 Trägervereine repräsen-

tiert, seinen Sitz. Mit der Neuverteilung wurde damit kritischen Stimmen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit ihre Mitbestimmung entzogen. Langfristig, so ist zu vermuten, wird dies zu starken finanziellen Einbußen sowie zu einer Umstrukturierung der Trägerlandschaft führen.

Die Besetzung des Ausschusses sorgte für umfassenden Streit. Neben öffentlichen Unmutsbekundungen, überregionaler Presseberichterstattung und verschiedenen Versuchen der Schlichtung kündigte der Dachverband «Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit» bereits kurz nach der Wahl an, vor dem Verwaltungsgericht gegen die Stadt Chemnitz zu klagen.

In der gleichen Konstellation lehnten die vier Fraktionen von CDU, FDP, AfD und PRO CHEMNITZ im November 2022 «das unter Beteiligung zahlreicher Vereine und Verbände sowie von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verkehrswesen erarbeitete Strategiepapier»⁸⁸ zum Mobilitätsplan ab. Zentrales Anliegen des Mobilitätsplans ist es, «den Anteil umweltfreundlicher Mobilität in der Stadt bis zum Jahr 2040 deutlich zu erhöhen».⁸⁹

2.6 SACHSEN-ANHALT: ZAHLREICHE GEMEINSAME ABSTIMMUNGEN IM STADTRAT STENDAL

Im Stadtrat Stendal lassen sich zehn konkrete Fälle von Kooperationen zwischen der AfD und demokratischen Parteien/Fraktionen nachweisen. All diese Fälle betreffen Anträge der AfD. Bei sechs Anträgen erhielt die AfD mehr Stimmen, als sie Sitze im Stadtrat hat (7), die Anträge wurden aber abgelehnt:

- 12/2020: «Anwohnerversammlung zur Situation der Baumaßnahme Schadowwachen»,⁹⁰ 11:22:5;
- 05/2021: «Aussetzung der geplanten Erhöhung der Eintrittspreise im Tiergarten»,⁹¹ 10:23:5;
- 12/2022: «Weg mit dem Pfosten – Kleine Hallstraße für den Verkehr öffnen»,⁹² 17:21:0;

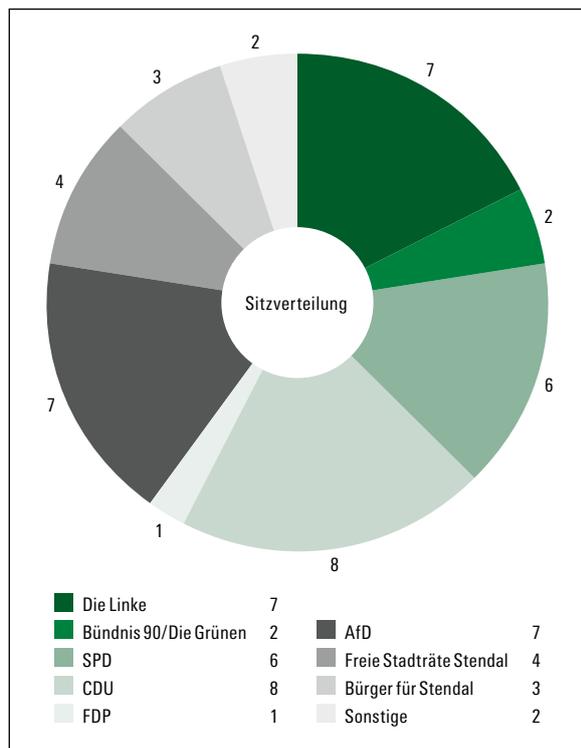
⁸⁴ Dieser Abschnitt wurde übernommen und aktualisiert aus Hummel: Wie hältst du's mit der AfD?, S. 97–119. ⁸⁵ Mittlerweile wurde die Fraktion PRO CHEMNITZ in PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen umbenannt. Die kommunale Wähler*innenvereinigung PRO CHEMNITZ spielt(e) bei der Etablierung der regionalen Vereinigung Freie Sachsen eine zentrale Rolle. Fraktionsvorsitzender Martin Kohlmann ist zugleich Vorsitzender der Freien Sachsen. ⁸⁶ Vgl. Stadt Chemnitz: Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter und Berufung der beratenden Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses der Stadt Chemnitz, Antrags-Nr. B-180/2019, o. D.; Stadt Chemnitz: Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter und Berufung der beratenden Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses der Stadt Chemnitz – Änderung der Verwaltung, Antrags-Nr. B-180/2019, o. D.; Stadt Chemnitz: Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter und Berufung der beratenden Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses der Stadt Chemnitz – Beschluss Stadtrat, Antrags-Nr. B-180/2019, 21.8.2019. ⁸⁷ AJZ Chemnitz: Der Abschied von der Pluralität des Chemnitzer Jugendhilfeausschusses, 4.9.2019, online abrufbar unter: www.ajz-chemnitz.de/news-detail/der-abschied-von-der-pluralitaet-des-chemnitzer-jugendhilfeausschusses.html, zuletzt abgerufen am 13.12.2023. ⁸⁸ Müller, Michael: Stadtrat entscheidet: keine Vorfahrt für umweltfreundlichen Verkehr in Chemnitz, in: Freie Presse, 24.11.2022, online abrufbar unter: www.freiepresse.de/chemnitz/stadtrat-entscheidet-keine-vorfahrt-fuer-umweltfreundlichen-verkehr-in-chemnitz-artikel12563826, zuletzt abgerufen am 13.12.2023. ⁸⁹ Ebd. ⁹⁰ AfD-Fraktion Stendal: Anwohnerversammlung zur Situation der Baumaßnahme Schadowwachen, Antrags-Nr. A VII/076, 26.11.2020. ⁹¹ AfD-Fraktion Stendal: Aussetzung der geplanten Erhöhung der Eintrittspreise im Tiergarten, Antrags-Nr. A VII/098, 4.5.2021. ⁹² AfD-Fraktion Stendal: Weg mit dem Pfosten – Kleine Hallstraße für Verkehr öffnen, Antrags-Nr. A VII/147, 28.10.2022.

- 07/2023: «Verlängerung Weihnachtsmarkt 2023»,⁹³ 11:22:3;
- 09/2023: «Gendern konsequent unterbinden – Kommunikation in regelkonformer Sprache»,⁹⁴ 10:21:4;
- 09/2023: «Haushaltsberatung und Beschluss bis Ende Januar 2024»,⁹⁵ 12:19:5.

Vier Anträge der AfD wurden aufgrund der Zustimmung demokratischer Parteien/Fraktionen angenommen:

- 09/2019: «Erweiterung der Sonderparknutzung während der Sitzungen»,⁹⁶ 26:9:0;
- 02/2020: «Verlängerung der Weihnachtsbeleuchtung in der Breiten Straße»,⁹⁷ 27:2:5;
- 05/2021: Prüfantrag zur Rückerstattung der Kita-Beiträge aufgrund pandemiebedingter Schließungen»,⁹⁸ 21:0:7;
- 07/2021: «Einführung Onlineverzeichnis Wahllokale»,⁹⁹ 17:15:8.

Grafik 11: Stadtrat Stendal



Eigene Darstellung

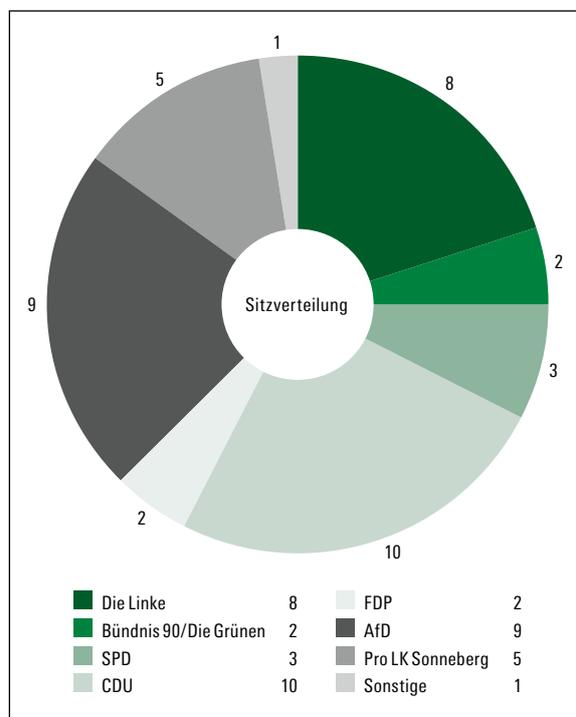
Mit Blick auf den Inhalt der Anträge fällt auf, dass die AfD versucht, ein breites Feld kommunalpolitischer Belange und Themen zu bespielen. Lediglich der Antrag zum Gendern vom September 2023 springt als klar ideologisch motiviert ins Auge, die meisten anderen Anträge scheinen vermeintlich harmlose kommunale Belange zu betreffen. Dass es sich dabei keineswegs um unpolitische Sachpolitik handelt, haben wir bereits in der Einleitung herausgestellt.

Durch die Dokumentation im Ratssystem der Stadt Stendal lassen sich lediglich Anträge und Abstimm

ungsergebnisse nachvollziehen, jedoch keine eindeutigen Aussagen über die demokratischen Kooperationspartner*innen treffen. Es ist zu vermuten, dass den Anträgen der AfD mindestens an einigen Stellen die gemeinsame Fraktion bzw. einzelne Mandatsträger*innen von Freie Stadträte Stendal/Bürger für Stendal zugestimmt haben. Deren Fraktionsvorsitzender Christian Röhl erklärte, dass die beiden Wählergemeinschaften und die gemeinsame Fraktion nicht an parteipolitische Vorgaben im Sinne von Brandmauern gebunden seien. Eine Zusammenarbeit finde vielmehr auf der vermeintlich sachlichen Ebene statt.¹⁰⁰

2.7 THÜRINGEN: RESOLUTIONEN IM KREISTAG SONNEBERG

Grafik 12: Kreistag Sonneberg



Eigene Darstellung

Im Juni 2023 machte Sonneberg überregional Schlagzeilen, als dort der erste AfD-Landrat gewählt wurde. Robert Sesselmann setzte sich im zweiten Wahlgang mit 52,8 Prozent der Stimmen knapp gegen

⁹³ AfD-Fraktion Stendal: Verlängerung Weihnachtsmarkt 2023, Antrags-Nr. A VII/170, 6.6.2023. ⁹⁴ AfD-Fraktion Stendal: Gendern konsequent unterbinden – Kommunikation in regelkonformer Sprache, Antrags-Nr. A VII/170, 6.6.2023. ⁹⁵ AfD-Fraktion Stendal: Haushaltsberatung und Beschluss bis Ende Januar 2024, Antrags-Nr. A VII/180, 15.8.2023. ⁹⁶ AfD-Fraktion Stendal: Erweiterung der Sonderparknutzung während der Sitzungen, Antrags-Nr. A VII/005, 27.8.2019. ⁹⁷ AfD-Fraktion Stendal: Verlängerung der Weihnachtsbeleuchtung in der Breiten Straße, Antrags-Nr. A VII/017, 10.12.2019. ⁹⁸ AfD-Fraktion Stendal: Prüfantrag zur Rückerstattung der Kita-Beiträge aufgrund pandemiebedingter Schließungen, Antrags-Nr. A VII/099, 4.5.2021. ⁹⁹ AfD-Fraktion Stendal: Einführung Onlineverzeichnis Wahllokale, Antrags-Nr. A VII/109, 2.7.2021. ¹⁰⁰ Vgl. Kahner, Mike: Ähnliches Abstimmungsverhalten: Kuscht diese Fraktion in Stendal mit der AfD?, in: Volksstimme, 27.9.2023, online abrufbar unter: www.volksstimme.de/lokal/stendal/politik-fraktion-stendal-afd-ähnliches-abstimmungsverhalten-3699312, zuletzt abgerufen am 14.12.2023.

Jürgen Köpper (CDU) durch. Bundesweit reisten Journalist*innen an, um – mehr oder weniger seriös – die Stimmung in Sonneberg einzufangen.¹⁰¹ Mit dem im Juli 2023 in Raghun-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt) gewählten AfD-Bürgermeister Hannes Loth besetzt die AfD damit erstmals in ihrer Geschichte zwei Exekutiv-Posten.

Bereits vor der Wahl von Sesselmann gab es im Kreistag von Sonneberg mehrfach Kooperationen zwischen der AfD und demokratischen Parteien/Fraktionen. Sieben Fälle sind dokumentiert. Die Situation in Sonneberg lässt sich anhand von zwei Resolutionen gut beschreiben. Im Februar 2020 reichte die AfD einen Antrag mit dem Titel «Verabschiedung einer Resolution: «Keine Windkraftanlagen im Sonneberger Land»»¹⁰² ein. Im Antrag wurden Windkraftanlagen für die Zerstörung der Landschaft, des Lebensraums heimischer Arten, des Tourismus sowie der Landwirtschaft verantwortlich gemacht. Laut Protokoll der Kreistagssitzung kam es zu einer ausführlichen Diskussion. Dem Protokoll ist ebenfalls folgende Schilderung zu entnehmen: «Die CDU/FDP-Kreistagsfraktion hat über diesen Antrag bzw. diese Resolution breit diskutiert. Sie ist der Auffassung, dass dieser Antrag nicht weit genug geht und gewisse Bereiche, gerade den Landkreis Sonneberg betreffend, nicht mit aufnimmt.»¹⁰³ Die CDU/FDP-Fraktion erweiterte den Antrag entsprechend, im Kreistag gab es daraufhin einen regen Austausch sowie

einzelne Änderungen am Antrag, der schließlich mit 28:7:0 angenommen wurde.

Einen weiteren Antrag bzw. eine Resolution brachte die AfD im November 2022 in den Kreistag ein. Diesmal lautete der Titel «Resolution des Kreistages gegen überhöhte Energiepreise».¹⁰⁴ Einer der Einreicher für die AfD war Robert Sesselmann. Der Antrag zielte darauf ab, den Landrat des Landkreises Sonneberg aufzufordern, sich bei der Bundesregierung für die Reduzierung der Energiepreise «auf ein verträgliches Maß»¹⁰⁵ einzusetzen. Der Antrag wurde nach längeren Ausführungen von Robert Sesselmann im Kreistag mit 30:0:0, also einstimmig, angenommen. Eine solche Resolution bleibt in der Regel folgenlos, da nicht zu erwarten ist, dass durch einen Brief eines Landrats die Energiekosten für den Landkreis gesenkt werden können.

Beide Beispiele sowie die weiteren fünf dokumentierten Fälle von Kooperationen zwischen demokratischen Parteien/Fraktionen und extrem rechten Parteien/Fraktionen (hier: AfD) zeigen, dass es offenbar im Kreistag Sonneberg wenig Berührungspunkte gibt.¹⁰⁶ Ohne Unterstützung durch andere Parteien/Fraktionen wäre es der AfD unmöglich, eigene Anträge durchzubringen. Dass es ihr doch immer wieder gelingt, leistet der Normalisierung der AfD und ihrer Positionen Vorschub. Es ist davon auszugehen, dass dies auch einen Anteil an der Wahl von Robert Sesselmann zum Landrat hatte.

¹⁰¹ Eine lediglich oberflächliche Beschäftigung mit der Stimmung vor Ort sowie Effekthascherei findet sich beispielsweise im SpiegelTV-Beitrag von Neumann, Henrik/Müller, Adrian-Basil: Björn Höcke, die AfD und das Umfragehoch, 21.6.2023, online abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=2qn2Kp-RRQE, zuletzt abgerufen am 14.12.2023. – Differenzierter sind Polanz, Lutz/Regis, Julia/Napierala, Julian: Sonneberg: Neonazis im Siegesrausch, Monitor, 30.6.2023, online abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=rWGAb7sTYyI, zuletzt abgerufen am 14.12.2023, 30.6.2023; Wiemann, Rieke: Fünf Monate AfD-Landrat in Thüringen: Rechter Nebel in Sonneberg, in: taz, 12.12.2023, online abrufbar unter: <https://taz.de/Fuenf-Monate-AfD-Landrat-in-Thueringen/15978732/>, zuletzt abgerufen am 14.12.2023. ¹⁰² AfD-Fraktion Sonneberg: Resolution «Keine Windkraftanlagen im Sonneberger Land», Antrags-Nr. 91/06/2020, 12.12.2019. ¹⁰³ Kreistag Sonneberg: Niederschrift der 06. Sitzung des Kreistages Sonneberg am 12. Februar 2020 in der Aula des Gymnasiums «Hermann Pistor» Sonneberg, Dammstraße 50. ¹⁰⁴ AfD-Fraktion Sonneberg: Resolution des Kreistages gegen überhöhte Energiepreise, 22.9.2022. ¹⁰⁵ Ebd. ¹⁰⁶ So äußerte sich beispielsweise der Politiker Schlammer (Die Linke) gegenüber dem MDR, dass es unrealistisch sei, nicht mit der AfD zu stimmen, da sonst kommunale Belange nicht richtig bearbeitet würden; vgl. MDR: Wie tief die Risse in der Brandmauer zur AfD sind, 25.9.2023, online abrufbar unter: www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-cdu-parteien-zusammenarbeit-100.html, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

3 WAS TUN?

Die vorliegende Studie zeigt, dass Kooperationen zwischen demokratischen Parteien/Fraktionen und extrem rechten Parteien/Fraktionen auf der kommunalen Ebene existieren. In einigen Fällen, besonders wenn es eine größere mediale Berichterstattung (z. B. Eilsleben, Sachsen-Anhalt) oder Kritik aus der eigenen Partei (z. B. Sassnitz, Mecklenburg-Vorpommern) gab, hatten solche Kooperationen Konsequenzen wie etwa Parteiausschlüsse. In anderen Fällen scheinen sich entsprechende Kooperationen eher zu verstetigen.

Weil wir hier nicht alle Szenarien aufführen und auf jede einzelne Handlungsoption ausführlich eingehen können, empfehlen wir die Publikation «Rät*innen gegen Rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der die Autor*innen Giesbers, Hauke, Piechura und Tasche sowohl Themenfelder der extremen Rechten lexikonartig aufgeschlüsselt als auch Empfehlungen für Kommunalpolitiker*innen im Detail diskutiert haben.¹⁰⁷

3.1 ALLGEMEINER UMGANG

Was aber ist für ehrenamtliche Mandatsträger*innen auf der kommunalen Ebene leistbar? Gibt es Alternativen zu einer Zusammenarbeit mit rechten Akteur*innen, zumal wenn die extrem rechten Parteien bei den nächsten Wahlen an Stärke weiter zunehmen und mit über 20 oder 30 Prozent gewählt werden? Die kurze Antwort lautet: Ja, es gibt eine Alternative! Die längere Antwort soll im Folgenden an konkreten Beispielen ausgeführt werden. Grundlegend gilt: Die Vertreter*innen der AfD und anderer extrem rechter Parteien/Wähler*innenvereinigungen sind zwar demokratisch gewählt, das macht sie aber noch lange nicht zu Demokrat*innen. Das ist ein wichtiger Unterschied. Der extremen Rechten geht es grundsätzlich um eine Abschaffung der Demokratie in unserer heutigen Form und mit ihr der Errungenschaften wie Pluralismus, Meinungsfreiheit und Minderheitenschutz. Dies muss man im Blick haben, um ebendiese demokratischen Errungenschaften zu verteidigen.

Eine Kooperation mit der extremen Rechten (auf kommunaler Ebene) ist brandgefährlich. Damit wird der Normalisierung extrem rechter Parteien und ihrer Positionen Vorschub geleistet. Extrem rechte Politik stellt eine erhebliche Bedrohung für all diejenigen dar, die nicht in das völkisch-nationalistische Weltbild passen. Sie schließt sie aus dem gesellschaftlichen Miteinander aus, stigmatisiert und bedroht sie.¹⁰⁸

Zwar liegt nicht die gesamte Verantwortung für unsere Gesellschaft in den Händen von Kommunalpolitiker*innen, doch ist Kommunalpolitik mit ihren Kompetenzen und politischen Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen häufig direkt erfahrbar. Viele demokratische Akteur*innen und Kommunalpolitiker*innen setzen sich bereits seit Jahren gezwungenermaßen mit der extremen Rechten vor Ort auseinander. Dabei

war in der Vergangenheit Abgrenzung und nicht Kooperation die Regel. Auch mit Blick auf die vorliegende Studie bleibt festzuhalten, dass in der überwiegenden Zahl der kommunalen Gremien nicht mit extrem rechten Akteur*innen zusammengearbeitet wird.

Auch stellt sich fortwährend die Frage, über welches Stöckchen gesprungen werden soll und an welcher Stelle es sinnvoller ist, Äußerungen der extremen Rechten in kommunalen Parlamenten zu ignorieren, also das Wort nicht zu ergreifen, die richtige Strategie ist.

Es gibt zahlreiche Kommunalpolitiker*innen, die täglich mit Herz bei der Sache sind, ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Menschen vor Ort haben, der Zivilgesellschaft den Rücken stärken und Betroffene rechter Gewalt und Hetze unterstützen. Genau diejenigen sind es, die es zu (be)stärken gilt. Rechte Akteur*innen werden in den nächsten Jahren sicherlich stärker in den kommunalen Gremien (nicht nur) in den ostdeutschen Bundesländern vertreten sein. Umso wichtiger ist ein starker Zusammenhalt zwischen denjenigen Personen, die auf der lokalen Ebene für eine andere, progressive, demokratische Politik streiten und kämpfen.

Und genau deshalb gibt es Alternativen zu einer Zusammenarbeit mit der extremen Rechten. Und dabei geht es selbstverständlich nicht um das Blockieren wichtiger Entscheidungen vor Ort. Kommunen bleiben arbeits- und entscheidungsfähig, auch wenn sie nicht mit rechten Akteur*innen zusammenarbeiten. Darin besteht kein Widerspruch. Denn bisher gibt es in allen ostdeutschen Kommunen auch Mehrheiten jenseits der extremen Rechten – diese gilt es zu nutzen.

Was es braucht, ist eine Brandmauer nach rechts. Dass dieses Bild einer undurchlässigen Barriere längst nicht der Realität in allen ostdeutschen Kommunen entspricht, ergibt sich spätestens aus unserer Studie. Mit Blick auf die vorliegende Studie hieße dies aus unserer Sicht: keine gemeinsamen Fraktionen, keine gemeinsamen Anträge, kein gemeinsames Abstimmungsverhalten, keine gemeinsamen Personenwahlen und Zählgemeinschaften, keine Absprachen. Dazu kommt: keine Übernahme rechter Politik und Sprache sowie eine klare Abgrenzung nach rechts.

Bereits 2020 formulierte die Brandenburger Landtagsabgeordnete Andrea Johlige (Die Linke) eine Einschätzung, der wir uns anschließend wollen:

«Klar ist für uns, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD und ihren Akteur*innen gibt. Und dennoch ist es nicht immer einfach, eine Strategie zum Umgang mit den Vertreter*innen dieser Partei in den Kommunalvertretungen

¹⁰⁷ Giesbers, Tilo/Taschke, Anika/Hauke, Cash/Piechura, Philipp/Seidel, Ingolf: Rät*innen gegen Rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2021. ¹⁰⁸ Schlussendlich kann dies auch zu Mord führen. Thomas Billstein hat mehr als 300 Fälle von Todesopfern rechter Gewalt aufgelistet; vgl. Billstein, Thomas: Kein Vergessen: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945, Münster 2022.

zu finden. Das gilt gerade dort, wo die Mitglieder der AfD im Ort bekannt und verankert sind und als bürgerlich wahrgenommen werden.»¹⁰⁹ Entsprechend gilt es, vor Ort abzuwägen und am konkreten Fall auszubuchstabieren, wie ein Umgang mit der extremen Rechten aussehen kann.

3.2 «SCHWERINER WEG»

Als die NPD 2006 mit 7,3 Prozent in den Schweriner Landtag einzog, machten sich verschiedene Akteur*innen Gedanken, wie mit dieser Partei und ihren Vertreter*innen umzugehen sei. Daraus entstand der sogenannte Schweriner Weg. Mit diesem Ansatz sollte verhindert (oder zumindest eingeschränkt) werden, dass extrem rechte Akteur*innen den Landtag als öffentliche Bühne für ihre Diskurse, Debatten und Parolen nutzen können. Nach diesem Ansatz reagierte jeweils nur eine demokratische Fraktion auf einen Antrag oder eine Äußerung der NPD. Damit verzichteten die anderen Fraktionen auf ihr Rederecht und begrenzten die Debatte.

In den letzten Jahren gab es auch Gremien, die gar nicht auf rechte Anträge oder Anfragen reagierten und direkt die Abstimmung (meist Ablehnung) einleiteten. Doch die Möglichkeit, mit mindestens einem Redebeitrag den rechten Forderungen entgegenzutreten, ihre Inkonsistenzen und Konsequenzen aufzeigen und Falschaussagen kenntlich machen zu können, bietet erhebliche Vorteile. Vor allem erlaubt es, den interessierten Bürger*innen zu erklären, warum extrem rechte Anträge abgelehnt werden und warum die Politik der extremen Rechten nicht zu befürworten ist. Damit kann Vertrauen und Transparenz hergestellt werden.

Für dieses Vorgehen ist eine Absprache mit den anderen demokratischen Fraktionen erforderlich. In vielen praktizierten Fällen rotieren die Fraktionen durch. Zur Redlichkeit gehört aber auch das Eingeständnis, dass dies nicht überall durchgehalten wird, das Verhalten aber in einigen Gremien in jeder neuen Legislatur neu angesprochen und ausgehandelt wird. Die Arbeitsteilung mit den anderen Fraktionen bietet die Möglichkeit, sich auf ein Gegenargument zu fokussieren und in anderen Tagesordnungspunkten wieder seine eigenen Politikziele zu präsentieren.

3.3 ANTRÄGE UND ABSTIMMUNGEN

Wie in der vorliegenden Studie herausgearbeitet, ist gemeinsames Abstimmungsverhalten zentral. Dabei lässt sich nach der Antragsinitiative differenzieren, das heißt danach, ob demokratische Parteien/Fraktionen oder aber eine extrem rechte Partei/Fraktion einen Antrag einreicht. Ist Letzteres der Fall, sollte unabhängig vom konkreten Antragsinhalt vor dem menschenfeindlichen Hintergrund der extremen Rechten keine Zustimmung erfolgen.

Wenn es um die Zustimmung der extremen Rechten zu Anträgen demokratischer Parteien/Fraktionen geht, ist die Sache etwas komplexer. Zur Illustrierung ein Beispiel aus der Thüringer Landespolitik: Als im September 2023 der von der Thüringer CDU-Landtags-

fraktion eingebrachte Antrag zur Senkung der Grunderwerbsteuer¹¹⁰ mit den Stimmen von AfD und FDP beschlossen wurde, war das nicht das erste Mal, dass CDU, FDP und AfD ihre Mehrheit gegen die rot-rot-grüne Thüringer Minderheitslandesregierung nutzten. Die ehemalige Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und heutiges Mitglied der Parteiabspaltung Bündnis Sahra Wagenknecht, Amira Mohamed Ali, drückte damals in einem Pressestatement ihr Unverständnis über die auf die Abstimmung folgende mediale Empörungswelle aus. Es handle sich ihrer Meinung nach um ein «ganz normales parlamentarisches Vorgehen»,¹¹¹ eine Verhinderung der Zustimmung der AfD sei gar nicht möglich.

Entgegen solchen Behauptungen können durchaus Maßnahmen ergriffen werden, die die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung der AfD zu eigenen Anträgen verringern. Zwei Aspekte sind dabei zu beachten. Erstens stellt sich die Frage, ob es Absprachen der jeweiligen Fraktionen zu dieser Abstimmung gab. Dies ist in der Regel nur schwer zu rekonstruieren; unsere Recherche zeigt aber Fälle auf, in denen Absprachen eindeutig nachgewiesen sind. Bei dem genannten Antrag auf Senkung der Grunderwerbsteuer gibt es dafür keine Belege, dennoch war das Abstimmungsverhalten der Parteien im Vorfeld bekannt. Daher muss zweitens diskutiert werden, ob Anträge auf die Stimmen extrem rechter Parteien/Fraktionen angewiesen bzw. davon abhängig sind. Dies war beispielsweise bei der Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Thüringer Ministerpräsidenten der Fall.¹¹²

Ob man es wollte oder nicht: In beiden Fällen fand eine Art der Zusammenarbeit statt. Will man tatsächlich verhindern, dass Rechte eigenen Anträgen zustimmen, braucht es etwas mehr Kreativität. Grundsätzlich sollten Anträge so formuliert werden, dass sie sich nach rechts abgrenzen und rechtes «Wording» vermeiden – und damit auch nicht nach rechts anschlussfähig sind. Eine Kommunalfraktion von Die Linke versucht derzeit, eine gemeinsame Erklärung im entsprechenden Gremium mit den anderen Fraktionen auszuhandeln. Darin steht unter anderem eine Klausel, die unter allen Anträgen stehen soll:

«Die Bezirksversammlung [...] erklärt ihre grundsätzliche Ablehnung von Parteien und Fraktionen, deren Vertreter*innen für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stehen oder deren Programme/Forderungen nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar sind. Im Übrigen erklärt die Bezirksversammlung [...], dass in ihren Reihen

¹⁰⁹ Johlige, Andrea: Handreichung zum Umgang mit der AfD in Kommunalvertretungen, Oktober 2020, online abrufbar unter: https://andrea-johlige.com/wp-content/uploads/2020/10/Umgang-mit-AfD_Layout-1.pdf, zuletzt abgerufen am 15.12.2023. ¹¹⁰ CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Drucksache 7/6813, 7.12.2022. ¹¹¹ Zeit Online: Amira Mohamed Ali sieht kein «Einreißen einer Brandmauer», 19.9.2023, online abrufbar unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/thueringen-cdu-afd-linke-amira-mohamed-ali, zuletzt abgerufen am 14.12.2023. ¹¹² Vgl. Wellsow, Paul: Politischer Dammbreach. Neuer Thüringer Ministerpräsident von Höckes Gnaden, 5.2.2020, online abrufbar unter: www.rosalux.de/news/id/41591, zuletzt abgerufen am 15.12.2023; Debes, Martin: Demokratie unter Schock. Wie die AfD einen Ministerpräsidenten wählte, Essen 2021.

Repräsentant*innen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben.»¹¹³

Sollte dieser Satz zukünftig unter allen Anträgen stehen, wird die Wahrscheinlichkeit rechter Zustimmung sehr gering.

3.4 PERSONENWAHLEN

Neben gemeinsamem Abstimmungsverhalten sind auch Personenwahlen für Kooperationen relevant. Auch hier gibt es alternative Handlungsmöglichkeiten. Dafür benötigt es jedoch Absprachen innerhalb der eigenen Fraktion, in den meisten Fällen auch mit anderen Fraktionen.

Selbstverständlich könnten Personen per se aufgrund ihrer Partei- oder Fraktionszugehörigkeit abgelehnt werden. Durch die Wahl in ein kommunales Gremium steht ihnen in der Regel nicht automatisch ein Ausschuss(vor)sitz, ein Aufsichtsratsposten oder Ähnliches zu; normalerweise werden diese durch eine Wahl besetzt. Doch wie beim Umgang mit Anträgen ist es empfehlenswert, den Menschen vor Ort, den Zuschauer*innen und Wähler*innen, zu erklären, was das Motiv für eine solche Ablehnung ist, welche Gründe für eine Ablehnung der Person sprechen. Eine ent-

sprechende Begründung muss natürlich vorbereitet sein, was eine Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und ihren Kandidat*innen vor Ort voraussetzt.

Optimalerweise gibt es eine solche Auseinandersetzung sowohl in der eigenen Partei als auch durch Absprache und Austausch mit anderen Parteien/Fraktionen. Im besten Falle einigen sich alle, den entsprechenden Kandidat*innen der extremen Rechten ihre Stimme zu verweigern.

Entsprechend gilt es sich auf Personenwahlen vorzubereiten. Selbstverständlich kann eine solche Wahl im Zweifel vertagt werden – unvorbereitete Personenwahlen müssen nicht durchgeführt werden. Auch wenn die Listen von Kandidaturen (beispielsweise bei den Wahlen von Schöff*innen- oder sachkundigen Einwohner*innen) erst kurz vor der Abstimmung kommen, ist es ratsam, sich Zeit zu nehmen. Zwar werden solche Listen oft im Block abgestimmt, aber ein genaueres Hinschauen und die Möglichkeit der Recherche, wer auf diesen Listen steht, ist dem Amt angemessen. Gerade Schöff*innen treffen wichtige Entscheidungen, die für manche Menschen existenzielle Folgen haben können. Unsere Empfehlung ist daher immer: Nicht einfach aufgrund von Zeitdruck zustimmen.

¹¹³ Hier anonymisiert, weil noch im Geschäftsgang befindlich.

AUSBLICK

Kommunalpolitiker*innen sind oftmals Bindeglied und Scharnier zwischen Politik und Zivilgesellschaft vor Ort. Sie haben im besten Fall ein offenes Ohr für Menschen und Initiativen, wissen, wo der Schuh drückt, und können gegebenenfalls helfen oder vermitteln. Denn viele Sachverhalte und Fragen werden gar nicht auf der kommunalen Ebene verhandelt, aber dort umgesetzt oder ausgeführt. Zudem wissen Kommunalpolitiker*innen, wen sie im Rathaus, im Landtag oder auch im Bundestag ansprechen müssen, um den Bürger*innen Gehör zu verschaffen. Durch die tatsächliche Nähe von Kommunalpolitiker*innen kann auch eine Nähe zur Demokratie im Allgemeinen entstehen.

In Zeiten einer erstarkenden extremen Rechten in der Kommune, die zunehmend behauptet, die Kümmerer-Partei zu sein, braucht es progressive Politiker*innen, die im Gremium eine klare Haltung gegen rechts zeigen und gleichzeitig Initiativen und Projekten den

Rücken stärken, wenn diese angegriffen oder bedroht werden oder ihnen durch Mehrheiten rechter Politiker*innen die finanziellen Mittel gestrichen werden sollen. Wo dieser Kontakt gut funktioniert, kann Vernetzung das Eigene stärken und Mut machen. Und dieser Kontakt ist gerade mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen 2024 notwendig. Denn es ist zu erwarten, dass die extreme Rechte Stimmengewinne erzielen und entsprechend mehr Mandate gewinnen wird. Die Zunahme von Kooperationen zwischen demokratischen Parteien/Fraktionen und extrem rechten Parteien/Fraktionen ist in diesem Zusammenhang kein Automatismus, aber leider nicht unwahrscheinlich. Der kommunalen Ebene kommt dabei die Funktion eines Experimentierraums zu.¹¹⁴

Damit die Brandmauer hält, braucht es auch auf der kommunalen Ebene eine klare Haltung und aktives Handeln. Sich von der extremen Rechten eindeutig abzugrenzen, kann gelingen, es muss sogar gelingen!

¹¹⁴ Höhne: Grenzen des Demokratielabors, S. 166.

ANHANG

Tabelle 1: Kooperationen zwischen extrem rechten Parteien/Fraktionen und demokratischen Parteien/Fraktionen auf kommunaler Ebene

Jahr	Monat	Bundesland	Ort	parlamentarische Ebene	extreme rechte Fraktion/Partei	demokratische Fraktion/Partei	Typisierung	Thema
2020	8	Berlin	Reinickendorf	Bezirksverordnetenversammlung	AfD	CDU	Sonstiges	Migration
2020	11	Berlin	Spandau	Bezirksverordnetenversammlung	AfD	CDU, FDP, SPD, Tierschutzpartei	Sonstiges	Ordnung und Sicherheit
2021	3	Berlin	Spandau	Bezirksverordnetenversammlung	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Natur und Umwelt
2022	6	Berlin	Charlottenburg-Wilmersdorf	Bezirksverordnetenversammlung	AfD	FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2019	6	Brandenburg	Barnim	Kreistag	AfD	CDU, Freie Wähler	gemeinsame Personewahl	kein Thema
2019	9	Brandenburg	Drebkau	Stadtverordnetenversammlung	AfD	Freie Wähler	gemeinsame Personewahl	kein Thema
2019	9	Brandenburg	Jüterbog	Stadtverordnetenversammlung	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2019	9	Brandenburg	Jüterbog	Stadtverordnetenversammlung	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2020	2	Brandenburg	Velten	Stadtverordnetenversammlung	AfD, NPD	CDU, Pro Velten	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative unklar)	Bauen und Infrastruktur
2020	5	Brandenburg	Forst	Stadtverordnetenversammlung	AfD	Die Linke	gemeinsames Abstimmungsverhalten; gemeinsamer Antrag; Sonstiges	Arbeit, Soziales und Bildung; Bauen und Infrastruktur
2020	6	Brandenburg	Trebbin	Stadtverordnetenversammlung	AfD	CDU, SPD, «Frischer Wind/UFW»	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative unklar); gemeinsamer Antrag	Geschichte und Erinnerungspolitik
2020	11	Brandenburg	Velten	Stadtverordnetenversammlung	AfD, NPD	CDU, Pro Velten	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative unklar)	kein Thema
2021	1	Brandenburg	Jüterbog	Stadtverordnetenversammlung	AfD	«Wir sind Jüterbog» (Ws.), «Für Jüterbog» (FJB)	gemeinsames Abstimmungsverhalten; gemeinsamer Antrag	Arbeit, Soziales und Bildung
2021	9	Brandenburg	Jüterbog	Stadtverordnetenversammlung	AfD	«Wir sind Jüterbog» (Ws.), «Für Jüterbog» (FJB)	gemeinsames Abstimmungsverhalten; gemeinsamer Antrag	Bauen und Infrastruktur
2022	9	Brandenburg	Guben	Stadtverordnetenversammlung	AfD	CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Gruppe Unabhängiger Bürger Spreenelse (GUB-SPN), Wir Gubener Bürger (WGB)	gemeinsames Abstimmungsverhalten; Sonstiges	Sonstiges
2022	9	Brandenburg	Potsdam	Stadtverordnetenversammlung	AfD	Die Linke	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Sonstiges
2022	11	Brandenburg	Rheinsberg	Stadtrat	Listenvereinigung Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler Rheinsberg (AfD-Vertreter sind mit auf FW-Liste angetreten)	CDU, FDP, SPD, Die Linke	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative FW/AfD)	Haushalt; Bauen und Infrastruktur; Arbeit und Soziales

Jahr	Monat	Bundesland	Ort	parlamentarische Ebene	extreme rechte Fraktion/ Partei	demokratische Fraktion/ Partei	Typisierung	Thema
2023	7	Brandenburg	Oranienburg	Stadtrat	AfD	FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Migration
2023	7	Brandenburg	Oranienburg	Stadtrat	AfD	FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Migration
2023	9	Brandenburg	Brandenburg an der Havel	Stadtverordnetenversammlung	AfD	CDU, FDP, SPD	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Mobilität
2023	10	Brandenburg	Cottbus	Stadtverordnetenversammlung	AfD	CDU, SPD	gemeinsames Abstimmungsverhalten; gemeinsamer Antrag	Migration
2023	12	Brandenburg	Oder-Spree	Kreistag	AfD	Die Linke, Piraten	gemeinsame Fraktion	kein Thema
2019	6	Mecklenburg-Vorpommern	Penzlin	Gemeinderat	AfD	CDU	Zählergemeinschaft	kein Thema
2019	9	Mecklenburg-Vorpommern	Mecklenburgische Seenplatte	Kreistag	AfD	CDU, FDP	gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2019	9	Mecklenburg-Vorpommern	Sassnitz	Stadtrat	AfD (heute AIS)	SPD	gemeinsamer Antrag	Sonstiges
2019	9	Mecklenburg-Vorpommern	Sassnitz	Stadtrat	AfD (heute AIS)	SPD, Bürger für Sassnitz (BfS), Alternative freie Wählergemeinschaft (AfW)	Zählergemeinschaft	kein Thema
2020	1	Mecklenburg-Vorpommern	Waren	Stadtrat, Finanzausschuss	AfD	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke	gemeinsame Personenwahl	Natur und Umwelt
2020	11	Mecklenburg-Vorpommern	Stralsund	Bürgerschaft	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2021	3	Mecklenburg-Vorpommern	Stralsund	Bürgerschaft	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Arbeit, Soziales und Bildung
2021	3	Mecklenburg-Vorpommern	Stralsund	Bürgerschaft	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2023	3	Mecklenburg-Vorpommern	Stralsund	Bürgerschaft	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Gendern
2019	8	Sachsen	Chemnitz	Stadtrat	AfD, PROCHEMNITZ	CDU, FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD); gemeinsame Personenwahl	Arbeit, Soziales und Bildung
2019	8	Sachsen	Görlitz	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2019	8	Sachsen	Mittelsachsen	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	kein Thema
2019	8	Sachsen	Pirna	Stadtrat	AfD, Pirna kann mehr – Blaue Wende/Primaer Bürgerinitiativen	CDU, FreieWähler	gemeinsame Personenwahl; Absprache	kein Thema
2019	8	Sachsen	Zwickau	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2019	9	Sachsen	Bautzen	Kreistag	AfD	CDU	gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2019	9	Sachsen	Döbeln	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten	Haushalt; Arbeit, Soziales und Bildung

Jahr	Monat	Bundesland	Ort	parlamentarische Ebene	extreme rechte Fraktion/ Partei	demokratische Fraktion/ Partei	Typisierung	Thema
2019	9	Sachsen	Gohrisch	Gemeinderat	AfD	CDU, Bündnis 90/Die Grünen	gemeinsame Fraktion	kein Thema
2019	9	Sachsen	Markranstädt	Stadtrat	AfD	Freie Wähler	Sonstiges	kein Thema
2019	9	Sachsen	Meißen	Kreistag	AfD	CDU	Sonstiges	kein Thema
2019	9	Sachsen	Radebeul	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD); gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2019	9	Sachsen	Vogtlandkreis	Kreistag	AfD	FDP	gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2019	10	Sachsen	Heidenau	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Arbeit, Soziales und Bildung
2019	10	Sachsen	Heidenau	Stadtrat	AfD	CDU, FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Geschichte und Erinnerungspolitik
2019	11	Sachsen	Leipzig	Stadtrat	AfD	CDU, SPD	gemeinsamer Antrag	Bauen und Infrastruktur
2019	11	Sachsen	Pirna	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2019	12	Sachsen	Limbach-Oberfrohna	Stadtrat	AfD	CDU, FDP, Freie Wähler	gemeinsames Abstimmungsverhalten	Geschichte und Erinnerungspolitik
2020	2	Sachsen	Markranstädt	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Migration
2020	2	Sachsen	Pirna	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2020	5	Sachsen	Radebeul	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative Andere)	Geschichte und Erinnerungspolitik
2020	6	Sachsen	Freiberg	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2020	9	Sachsen	Döbeln	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative Andere)	Haushalt; Arbeit, Soziales und Bildung
2020	10	Sachsen	Freiberg	Stadtrat	AfD	CDU, FDP, Die Linke, Haus/Grund, Bündnis 90/Die Grünen	gemeinsames Abstimmungsverhalten; gemeinsamer Antrag	Bauen und Infrastruktur
2020	11	Sachsen	Zittau	Stadtrat	AfD	Die Linke, Freie Bürger Zittau/ Freie Unabhängige Wähler/ FDP (FFF)	Sonstiges	kein Thema
2021	2	Sachsen	Meißen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Haushalt; Natur und Umwelt
2021	3	Sachsen	Plauen	Stadtrat	AfD, Der III. Weg	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative Andere)	Haushalt
2021	4	Sachsen	Görlitz	Stadtrat	AfD	CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Motor Görlitz	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2021	6	Sachsen	Plauen	Kreistag	AfD, Der III. Weg	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative Andere)	Haushalt; Arbeit, Soziales und Bildung
2021	7	Sachsen	Heidenau	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung

Jahr	Monat	Bundesland	Ort	parlamentarische Ebene	extreme rechte Fraktion/ Partei	demokratische Fraktion/ Partei	Typisierung	Thema
2021	9	Sachsen	Meißen	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung
2021	9	Sachsen	Wurzen	Stadtrat	AfD, Neues Forum für Wurzen (NFW)	CDU, Bürger für Wurzen (BFW)	gemeinsames Abstimmungsverhalten	Haushalt; Arbeit, Soziales und Bildung
2021	10	Sachsen	Dresden	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur; Mobilität; Natur und Umwelt
2021	10	Sachsen	Radebeul	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2021	11	Sachsen	Heidenau	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung; Natur und Umwelt
2022	6	Sachsen	Meißen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Geschichte und Erinnerungspolitik
2022	7	Sachsen	Mittelsachsen	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung
2022	9	Sachsen	Limbach-Oberfrohna	Stadtrat	AfD	CDU, Freie Wähler	gemeinsames Abstimmungsverhalten	Geschichte und Erinnerungspolitik
2022	10	Sachsen	Meißen	Kreistag	AfD, NPD	CDU, FDP, Freie Wähler	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative Andere)	Haushalt; Migration
2022	11	Sachsen	Chemnitz	Stadtrat	AfD, PRO CHEMNITZ	CDU, FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten	Mobilität
2022	12	Sachsen	Bautzen	Kreistag	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Migration
2022	12	Sachsen	Mittelsachsen	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Arbeit, Soziales und Bildung
2023	2	Sachsen	Leipzig	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Haushalt; Arbeit, Soziales und Bildung
2023	3	Sachsen	Mittelsachsen	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Migration
2023	6	Sachsen	Zwickau	Stadtrat	AfD, Fraktion freier Bürger	CDU, FDP, Bürger für Zwickau	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Gendern; Arbeit, Soziales und Bildung
2023	6	Sachsen	Zwickau	Stadtrat	AfD, Fraktion freier Bürger	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten	kein Thema
2023	9	Sachsen	Leipzig	Stadtrat	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Geschichte und Erinnerungspolitik
2019	9	Sachsen-Anhalt	Eilsleben	Gemeinderat	AfD	CDU	gemeinsame Fraktion	kein Thema
2019	9	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung; Mobilität
2019	10	Sachsen-Anhalt	Weißenseels	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Natur und Umwelt

Jahr	Monat	Bundesland	Ort	parlamentarische Ebene	extreme rechte Fraktion/ Partei	demokratische Fraktion/ Partei	Typisierung	Thema
2020	1	Sachsen-Anhalt	Weißenfels	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2020	2	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Sonstiges
2020	5	Sachsen-Anhalt	Weißenfels	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2020	10	Sachsen-Anhalt	Magdeburg	Stadtrat	AfD	CDU, FDP/Tierschutzpartei, Gartenpartei/Tierschutzallianz	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Arbeit, Soziales und Bildung
2020	12	Sachsen-Anhalt	Mittelsachsen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2021	5	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Arbeit, Soziales und Bildung
2021	5	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Arbeit, Soziales und Bildung
2021	7	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung
2022	12	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Mobilität
2023	7	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Sonstiges
2023	8	Sachsen-Anhalt	Weißenfels	Stadtrat	Weißenfels für Heimat und Familie	CDU, FDP, SPD, Die Linke, Bündnis für Gerechtigkeit – Wählervereinigung Weißenfels	gemeinsames Abstimmungsverhalten; gemeinsamer Antrag	Geschichte und Erinnerungspolitik
2023	9	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Gendern
2023	9	Sachsen-Anhalt	Stendal	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Haushalt
2019	6	Thüringen	Langenwetzendorf	Gemeinderat	AfD	Die Linke, Feuerwehrverein Neugemsdorf, Freie Wählergemeinschaft	gemeinsame Fraktion	kein Thema
2019	7	Thüringen	Hildburghausen	Stadtrat	AfD	CDU	Absprache	kein Thema
2019	7	Thüringen	Ilm-Kreis	Kreistag	AfD	CDU	gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2019	9	Thüringen	Saale-Holzland-Kreis	Kreistag	AfD	CDU, FDP, Bürgerinitiative Holzland, Bauernverband	gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2020	2	Thüringen	Sonneberg	Kreistag	AfD	CDU, FDP	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Natur und Umwelt
2020	5	Thüringen	Saalfeld-Rudolstadt	Kreistag	AfD	CDU, FDP, Bürger für den Landkreis (BfL)	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Geschichte und Erinnerungspolitik
2020	9	Thüringen	Geira	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsame Personenwahl	kein Thema
2020	9	Thüringen	Nordhausen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Mobilität

Jahr	Monat	Bundesland	Ort	parlamentarische Ebene	extreme rechte Fraktion/ Partei	demokratische Fraktion/ Partei	Typisierung	Thema
2020	11	Thüringen	Nordhausen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Natur und Umwelt
2020	12	Thüringen	Nordhausen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung
2020	12	Thüringen	Sonneberg	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung
2021	3	Thüringen	Nordhausen	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Organisation und Verwaltung
2021	4	Thüringen	Sonneberg	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Haushalt
2021	7	Thüringen	Gera	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur; Natur und Umwelt
2021	7	Thüringen	Nordhausen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2021	7	Thüringen	Sonneberg	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Geschichte und Erinnerungspolitik
2021	9	Thüringen	Nordhausen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2021	11	Thüringen	Nordhausen	Kreistag	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2022	6	Thüringen	Gera	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Arbeit, Soziales und Bildung
2022	7	Thüringen	Nordhausen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2022	7	Thüringen	Nordhausen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2022	11	Thüringen	Sonneberg	Kreistag	AfD	CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, Pro LK SON, fraktionslos	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Sonstiges
2022	12	Thüringen	Sonneberg	Kreistag	AfD	CDU	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD); gemeinsamer Antrag	Gedern
2023	2	Thüringen	Hildburghausen	Stadtrat	AfD, Bündnis Zukunft Hildburghausen	SPD, Wählergemeinschaft Feuerwehr, Pro HBN	gemeinsames Abstimmungsverhalten; gemeinsamer Antrag	Organisation und Verwaltung
2023	3	Thüringen	Saale-Holzland- Kreis	Kreistag	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Bauen und Infrastruktur
2023	4	Thüringen	Nordhausen	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Ordnung und Sicherheit
2023	5	Thüringen	Gera	Stadtrat	AfD	unklar	gemeinsames Abstimmungsverhalten (Initiative AfD)	Natur und Umwelt

QUELLEN UND LITERATUR

A

AfD-Watch Hamburg: «Gegen die Stimmen der FDP und AfD abgelehnt». Wie die FPD mit der AfD zusammenarbeitet, 7.2.2020, online abrufbar unter: <https://afd-watch-hamburg.org/gegen-die-stimmen-der-fdp-und-afd-abgelehnt/>, zuletzt abgerufen am 16.12.2023.

AJZ Chemnitz: Der Abschied von der Pluralität des Chemnitzer Jugendhilfeausschusses, 4.9.2019, online abrufbar unter: www.ajz-chemnitz.de/news-detail/der-abschied-von-der-pluralitaet-des-chemnitzer-jugendhilfeausschusses.html, zuletzt abgerufen am 13.12.2023.

B

Biebricher, Thomas: Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus, Berlin: Suhrkamp 2023.

Billstein, Thomas: Kein Vergessen: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945, Münster: Unrast 2022.

Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Entscheidung, Berlin: Klaus Wagenbach 1994.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2023.

Botsch, Gideon: AfD: Im Parlament gegen das Parlament, Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2018, online abrufbar unter: www.blaetter.de/ausgabe/2018/april/afd-im-parlament-gegen-das-parlament, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990–2020, Berlin: BeBra 2021.

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd: Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt am Main: Westend 2018.

C

chronik.LE: Die AfD: Geschichte einer Radikalisierung, in: dies. (Hrsg.): Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung, Leipzig: chronik.LE 2020, S. 8–17.

D

Debes, Martin: Demokratie unter Schock. Wie die AfD einen Ministerpräsidenten wählte, Essen: Klartext 2021.

F

Feustel, Robert: Entropie des Politischen. Zur strategischen Funktion des Extremismusbegriffs, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden: Springer VS 2011, S. 117–139.

Friedrich, Sebastian: Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen, Berlin: Bertz + Fischer 2017.

Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska: Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus «Nationalsozialistischer Untergrund». Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden: Springer Verlag für Sozialwissenschaften 2016, S. 25–96.

G

Gerbsch, Elisa/Bescherer, Peter: Die Leipziger AfD vor und nach der Kommunalwahl 2019. Ergebnisse und Strategien, in: chronik.LE (Hrsg.): Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung, Leipzig: chronik.LE 2020, S. 22–27.

Giesbers, Tilo: Kommunalwahlen 2019: extrem rechte Antritte und Mandate, apabiz, 1.7.2019, online abrufbar unter: www.apabiz.de/2019/kommunalwahlen-2019-extrem-rechte-antritte-und-mandate/, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

Giesbers, Tilo/Taschke, Anika/Hauke, Cash/Piechura, Philipp/Seidel, Ingolf: Rät*innen gegen Rechts. Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien, 2. Aufl., hrsg. von der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2021.

Gorskih, Anna/Hanneforth, Grit/Nattke, Michael: Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens, 22.6.2016, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, online abrufbar unter: www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/06/nattke_parlamentarische_praxis_der_afd_in_den_kommunalparlamenten_sachsens.pdf, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Grimm, Marc: Rechtsextremismus – Zur Genese und Durchsetzung eines Konzeptes, Weinheim: Beltz Juventa 2018.

Gross, Martin/Jankowski, Michael: Kommunalpolitik: Komplex, polarisiert und zunehmend schwieriger?, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Bürger & Staat 4/2021: Polarisierung. Gespaltene Gesellschaft(en) im Zeichen von Pandemie und Populismus, S. 215–221.

H

Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah: AfD im hessischen Landtag. Ein neuer Politikstil und seine Auswirkungen, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag 2020.

Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Maria/Lewek, Philine: AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag 2018.

Hauke, Cash J.: «Das Amt verschenkt»? Die Kommunalpolitik der AfD als Herausforderung für die Demokratie, Moses Mendelsohn Zentrum Potsdam, Juni 2023, online abrufbar unter: www.mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle/mitteilungen/das-amt-verschenkt-die-kommunalpolitik-der-afd-als-herausforderung-fuer-die-demokratie, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

Häusler, Alexander: Entwicklung und Positionen der AfD auf dem Parteitag in Riesa 2022, FORENA-Diskussionspapier 4/2022, online abrufbar unter: www.forena.de/wp-content/uploads/2022/07/FORENA_Diskussionspapier_4_2022.pdf, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Heinze, Anna-Sophie: Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in den Landesparlamenten, Baden-Baden: Nomos 2020.

Heinze, Anna-Sophie: Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, 2021, S. 133–150.

Hellwig, Marius: «Naturschutz ist Heimatschutz» – völkischer Rechtsextremismus im Naturschutz, in: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung, hrsg. von der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz, Berlin: FARN 2018.

Höhne, Benjamin: Grenzen des Demokratielabors. Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 2/2020, S. 157–168.

Hummel, Steven: Wie hältst du's mit der AfD? Kooperation mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene in Sachsen, in: Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Kiess, Johannes (Hrsg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: Edition Überland 2023, S. 97–119.

J

Jennerjahn, Miro: Ein Jahr AfD im sächsischen Landtag, Februar 2016, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, online abrufbar unter: www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/jennerjahn_afd_im_landtag_0.pdf, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Johlige, Andrea: Handreichung zum Umgang mit der AfD in Kommunalvertretungen, hrsg. von Die Linke, Potsdam 2020, online abrufbar unter: https://andrea-johlige.com/wp-content/uploads/2020/10/Umgang-mit-AfD_Layout-1.pdf, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

M

Merz, Friedrich: Post bei X (ehemals Twitter) vom 24.7.2023, online abrufbar unter: https://twitter.com/_FriedrichMerz/status/1683372734754050048, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Mullis, Daniel/Zschocke, Paul: Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, Frankfurt am Main: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) 2019.

P

Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja: Rechts unten. Die AfD: Intrigen, heimliche Herrscher und die Macht der Geldgeber, Hamburg: Rowohlt 2020.

Q

Quent, Matthias: Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München: Piper 2019.

R

Reif-Spirek, Peter: Gefährdete Demokratie oder: Die langen Linien des Thüringer Faschismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2023, online abrufbar unter: www.blaetter.de/ausgabe/2023/november/gefaehrdete-demokratie-oder-die-langen-linien-des-thueringer-faschismus, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

S

Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2018.

Schickert, Christine: Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Februar 2017, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, online abrufbar unter: www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2017/02/christiane_schickert_afd_thueringen4.pdf, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard: Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024, hrsg. von der Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt am Main 2023.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Berzel, Alexander: Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und «Bewegungs»-Orientierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2018, S. 91–110.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010.

Strobl, Natascha: Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse, Berlin: Suhrkamp 2021.

V

Virchow, Fabian: «Rechtsextremismus»: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen, in: ders./Langebach, Martin/Häusler, Alexander: Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer Verlag für Sozialwissenschaften 2016, S. 5–41.

Virchow, Fabian: Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten?, Notes du Cerfa 152, Paris: Ilfri 2020.

W

Wellsow, Paul: Politischer Dambruch. Neuer Thüringer Ministerpräsident von Höckes Gnaden, 5.2.2020, online abrufbar unter: www.rosalux.de/news/id/41591, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

PRESSE

Begrich, David: Die AfD monstert in den Kommunen, in: neues deutschland, 13.9.2019, online abrufbar unter: www.nd-aktuell.de/artikel/1125767.gefahr-von-recht-die-afd-monstert-in-den-kommunen.html, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

Deutschlandfunk: Verbot von Genderschreibweisen. CDU Thüringen stellt erneut Antrag, der auf Zustimmung der AfD stoßen dürfte, 27.9.2023, online abrufbar unter: www.deutschlandfunk.de/cdu-thueringen-stellt-erneut-antrag-der-auf-zustimmung-der-afd-stossen-duerfte-100.html, zuletzt abgerufen am 14.12.2023.

Grunert, Johannes: Thread auf X (ehem. Twitter) ab 30.8.2019, online abrufbar unter: <https://twitter.com/johannesgrunert/status/1167509257689935874>, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Hagen, Kevin/Lehmann, Timo/Müller, Ann-Kathrin/Schaible, Jonas/Spallek, Sebastian: «Dann haben wir unser Programm verglichen, und dann passte das wunderbar», in: Der Spiegel, 4.12.2020, online abrufbar unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-wo-andere-parteien-mit-der-afd-kooperieren-a-00000000-0002-0001-0000-000174316772, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

Jerabek, Petr/Wilsdorff, Arne: Bayerischer Landtag: Wie steht es um die Abgrenzung zur AfD?, BR24, 14.7.2023, online abrufbar unter: www.br.de/nachrichten/bayern/abgrenzung-zur-afd-wie-steht-es-um-die-brandmauer-gegen-rechts-im-bayerischen-landtag,TjaZcPX, zuletzt abgerufen am 16.12.2023.

Kahnert, Mike: Ähnliches Abstimmungsverhalten: Kuscht diese Fraktion in Stendal mit der AfD?, in: Volksstimme, 27.9.2023, online abrufbar unter: www.volksstimme.de/lokal/stendal/politik-fraktion-stendal-afd-ahnliches-abstimmungsverhalten-3699312, zuletzt abgerufen am 14.12.2023.

Lehmann, Timo: Macht ein Grüner Politik mit der AfD, in: Der Spiegel, 13.9.2019, online abrufbar unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/gohrisch-in-sachsen-wo-afd-cdu-und-gruene-eine-fraktion-bilden-a-1286648.html, zuletzt abgerufen am 13.12.2023.

Liebetrau, Niklas/Nejezchleba, Martin: Ein Handschlag von vielen, Zeit Online, 9.5.2021, online abrufbar unter: www.zeit.de/2021/19/zusammenarbeit-mit-afd-kooperationen-kommunalpolitik/komplet-tansicht, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

MDR: CDU und AfD: Brychcy für Umdenken, Voigt lehnt Zusammenarbeit ab, MDR Thüringen, 9.6.2023, online abrufbar unter: www.mdr.de/nachrichten/thue-

Wurthmann, L. Constantin: Kooperation oder Abgrenzung? Einstellungen zum oppositionellen Umgang der CDU/CSU mit der Linken und der AfD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2023, S. 69–86.

ringen/west-thueringen/gotha/cdu-afd-zusammenarbeit-brychcy-voigt-100.html, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

MDR: Wie tief die Risse in der Brandmauer zur AfD sind, 25.9.2023, online abrufbar unter: www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-cdu-parteien-zusammenarbeit-100.html, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

Meischen, Dennis: AfD-Politiker Andreas Otti zum 13. Mal nicht gewählt, in: Berliner Morgenpost, 25.1.2023, online abrufbar unter: www.morgenpost.de/bezirke/spandau/article237465049/AfD-Politiker-Andreas-Otti-zum-13-Mal-nicht-gewählt.html, zuletzt abgerufen am 14.12.2023.

Menzel, Bettina: CDU und AfD stellen gemeinsamen Antrag in Cottbus – Grüne mit harscher Kritik, in: Frankfurter Rundschau, 31.10.2023, online abrufbar unter: www.fr.de/politik/brandmauer-rechtsextremismus-cdu-afd-antrag-cottbus-gruene-kritik-fluechtlinge-spd-zr-92644308.html, zuletzt abgerufen am 13.12.2023.

Müller, Michael: Stadtrat entscheidet: keine Vorfahrt für umweltfreundlichen Verkehr in Chemnitz, in: Freie Presse, 24.11.2022, online abrufbar unter: www.freie-presse.de/chemnitz/stadtrat-entscheidet-keine-vorfahrt-fuer-umweltfreundlichen-verkehr-in-chemnitz-artikel12563826, zuletzt abgerufen am 13.12.2023.

Neumann, Henrik/Müller, Adrian-Basil: Björn Höcke, die AfD und das Umfragehoch, Spiegel-TV, 21.6.2023, online abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=2qn2Kp-RRQE, zuletzt abgerufen am 14.12.2023.

Otti, Andreas: Rede Listenplatz 1 für die Liste zur Wahl zum Europäischen Parlament, AfD-Nominierungsparteitag für die Europawahl 2024, 2023, online abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=g8uQIT678cw, 02:55:21-02:55:43, zuletzt abgerufen am 14.12.2023.

Pöhlandt, Johannes: AfD-Mann schreit Grünen an: Zwickauer Stadtrat verbietet dem Rathaus das Gendern, in: Freie Presse, 30.6.2023, online abrufbar unter: www.freiepresse.de/zwickau/zwickau/afd-mann-schreit-gruenen-an-zwickauer-stadtrat-verbietet-dem-rathaus-das-gendern-artikel12946690, zuletzt abgerufen am 13.12.2023.

Polanz, Lutz/Regis, Julia/Napierala, Julian: Sonneberg: Neonazis im Siegesrausch, Monitor, 30.6.2023, online abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=rWGAb7sTYyl, zuletzt abgerufen am 14.12.2023.

Report Mainz: Wie hält es die Lokalpolitik mit der AfD?, 10.9.2019, online abrufbar unter: www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/videosextern/wie-haelt-es-die-lokalpolitik-mit-der-afd-102.html, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Schattauer, Göran: «Die Politik sollte das Volk nicht im Sinne einer Partei-Ideologie erziehen», Focus Online, 27.7.2023, online abrufbar unter: www.focus.de/politik/cdu-frau-politik-sollte-volk-nicht-im-sinne-einer-parteiideologie-erziehen_id_200901315.html, zuletzt abgerufen am 15.12.2023.

Süddeutsche Zeitung: SPD in Sassnitz beendet Zusammenarbeit bei Anträgen mit AfD, 20.9.2019, online abrufbar unter: www.sueddeutsche.de/politik/parteien-spd-in-sassnitz-beendet-zusammenarbeit-bei-antraegen-mit-afd-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190919-99-942175, zuletzt abgerufen am 13.12.2023.

Welt: SPD kooperiert auf Rügen mit der AfD, in: Welt, 19.9.2019, online abrufbar unter: www.welt.de/politik/deutschland/article200590212/Affront-fuer-Landes-

[SPD-SPD-kooperiert-auf-Ruegen-mit-der-AfD.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article200590212/Affront-fuer-Landes-SPD-SPD-kooperiert-auf-Ruegen-mit-der-AfD.html), zuletzt aufgerufen am 13.12.2023.

Wiemann, Rieke: Fünf Monate AfD-Landrat in Thüringen: Rechter Nebel in Sonneberg, in: taz, 12.12.2023, online abrufbar unter: <https://taz.de/Fuenf-Monate-AfD-Landrat-in-Thueringen/!5978732/>, zuletzt abgerufen am 14.12.2023.

ZDF: Umstrittene Merz-Aussage zur AfD, zdf heute, 20.7.2023, online abrufbar unter: www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/merz-sommerinterview-antwort-kommunalpolitik-video-100.html, zuletzt abgerufen am 11.12.2023.

Zeit Online: Gemeinsamer Abwahantrag gegen NPD-Ortsvorsteher, Zeit Online, 9.9.2019, online abrufbar unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/hessen-npd-ortsvorsteher-abwahantrag, zuletzt abgerufen am 16.12.2023.

Zeit Online: Amira Mohamed Ali sieht kein «Einreißen einer Brandmauer», Zeit Online, 19.9.2023, online abrufbar unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/thueringen-cdu-afd-linke-amira-mohamed-ali, zuletzt aufgerufen am 14.12.2023.

ANTRÄGE UND DRUCKSACHEN

AfD-Fraktion Berlin-Spandau: Drucksache-Nr. 1031/XX, Kopftuchverbot für Berliner Schülerinnen, 24.4.2018.

AfD-Fraktion Berlin-Spandau: Drucksache-Nr. 2051/XX, Naturschutz ist Heimatschutz – Essbarer Wildpflanzenpark auch in Spandau, 19.11.2020.

AfD-Fraktion Berlin-Spandau: Drucksache-Nr. 2051/XX, 2021, Schlussbericht.

AfD-Fraktion Cottbus: Aufhebung des Beschlusses A-06-18/21, Antrags-Nr. AT-038/23, 9.10.2023.

AfD-Fraktion Sonneberg: Resolution «Keine Windkraftanlagen im Sonneberger Land», Antrags-Nr. 91/06/2020, 12.12.2019.

AfD-Fraktion Sonneberg: Resolution des Kreistages gegen überhöhte Energiepreise, 22.9.2022.

AfD-Fraktion Stendal: Erweiterung der Sonderparknutzung während der Sitzungen, Antrags-Nr. A VII/005, 27.8.2019.

AfD-Fraktion Stendal: Anwohnerversammlung zur Situation der Baumaßnahme Schadewachten, Antrags-Nr. A VII/076, 26.11.2020.

AfD-Fraktion Stendal: Verlängerung der Weihnachtsbeleuchtung in der Breiten Straße, Antrags-Nr. A VII/017, 10.12.2019.

AfD-Fraktion Stendal: Aussetzung der geplanten Erhöhung der Eintrittspreise im Tiergarten, Antrags-Nr. A VII/098, 4.5.2021.

AfD-Fraktion Stendal: Prüfantrag zur Rückerstattung der Kita-Beiträge aufgrund pandemiebedingter Schließungen, Antrags-Nr. A VII/099, 4.5.2021.

AfD-Fraktion Stendal: Einführung Onlineverzeichnis Wahllokale, Antrags-Nr. A VII/109, 2.7.2021.

AfD-Fraktion Stendal: Weg mit dem Pfosten – Kleine Hallstraße für Verkehr öffnen, Antrags-Nr. A VII/147, 28.10.2022.

AfD-Fraktion Stendal: Verlängerung Weihnachtsmarkt 2023, Antrags-Nr. A VII/170, 6.6.2023.

AfD-Fraktion Stendal: Gendern konsequent unterbinden – Kommunikation in regelkonformer Sprache, Antrags-Nr. A VII/170, 6.6.2023.

AfD-Fraktion Stendal: Haushaltsberatung und Beschluss bis Ende Januar 2024, Antrags-Nr. A VII/180, 15.8.2023.

AfD-Fraktion Stralsund: Alte Schwedenschanze wiederherstellen, Antrags-Nr. AN 0183/2020, 27.10.2020.

AfD-Fraktion Stralsund: Schulgebäude des Berufsförderungswerks Große Parower Straße, Antrags-Nr. AN 0205/2020, 20.11.2020.

AfD-Fraktion Stralsund: Präsenzunterricht statt Distanzunterricht, Antrags-Nr. AN 0012/2021, 11.1.2021.

AfD-Fraktion Stralsund: Gendern konsequent unterbinden – Kommunikation in regelkonformer Sprache, Antrags-Nr. AN 0016/2023, 21.2.2023.

AfD-Fraktion Zwickau: Gendersprache in der Werbung des Theaters Plauen/Zwickau, Antrags-Nr. AN/029/2022, 28.11.2023.

AfD-Fraktion/CDU-Fraktion Cottbus: Antrag zum Beschluss vom 28.4.2021 (A-06-18/21), Antrags-Nr. AT-038/23, 25.10.2023.

CDU-Fraktion Spandau: Drucksache-Nr. 2228/XX, Kopftuchverbot für Schülerinnen bis einschließlich Klasse 6, 26.11.2019.

CDU-Fraktion im Thüringer Landtag: Drucksache 7/6813, 7.12.2022.
Fraktionen Die Linke/Bündnis 90/Die Grünen
Cottbus: Antrags-Nr. 06/21, Cottbus/Chóšebuz – Sicherer Hafen, 12.1.2021.
Kreistag Sonneberg: Niederschrift der 06. Sitzung des Kreistages Sonneberg am 12. Februar 2020 in der Aula des Gymnasiums «Hermann Pistor», Sonneberg, Dammstraße 50.
Stadt Chemnitz: Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter und Berufung der beratenden Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses der Stadt Chemnitz, Antrags-Nr. B-180/2019, o. D. [2019].

Stadt Chemnitz: Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter und Berufung der beratenden Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses der Stadt Chemnitz – Änderung der Verwaltung, Antrags-Nr. B-180/2019, o. D. [2019].
Stadt Chemnitz: Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter und Berufung der beratenden Mitglieder und Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Jugendhilfeausschusses der Stadt Chemnitz – Beschluss Stadtrat, Antrags-Nr. B-180/2019, 21.8.2019.

AUSSERDEM ERSCHIENEN



Tilo Giesbers, Anika Taschke, Cash Hauke, Philipp Piechura, Ingolf Seidel

RÄT*INNEN GEGEN RECHTS **Umgang mit Rechten** **in kommunalen Gremien**

2., aktualisierte Auflage, Juni 2021
Broschur, 210 Seiten
ISBN 978-3-948250-33-1

Mit den Kommunalwahlen der letzten Jahre hat die AfD sich eine breite lokale Basis gesichert. Auch altbekannte rechte Gruppierungen, Wählergemeinschaften und Parteien sind in kommunalen Entscheidungsgremien vertreten. Das Bildungsmaterial «Rät*innen gegen Rechts» analysiert die Entwicklung und gibt Handlungsempfehlungen zum Umgang mit rechten Akteur*innen in der Kommunalpolitik.

 **Download und Bestellung unter:**
www.rosalux.de/publikation/id/40148

WWW.ROSALUX.DE

